

ProfNet PlagiatService

-Prüfbericht-



für
Die Linke

Münster, den 16.09.2013

ProfNet PlagiatService - Zusammenfassung

PlagiatService

Prüfbericht

34373

16.09.2013

2

• Autor			
• Titel	Wahlprogramm Bund 2013		
• Typ	Wahlprogramm_2013		
• Abgabetermin	01.06.2013		
• Hochschule			
• Fachbereich			
• Studiengang			
• Fachrichtung	Politikwissenschaften		
• 1. Gutachter			
• 2. Gutachter			
• Prüfdatum	16.09.2013		
• Dateigröße	338.877	• Abbildungsverzeichnis	<input type="checkbox"/>
• Seiten	98	• Abkürzungsverzeichnis	<input type="checkbox"/>
• Absätze	1.397	• Anhang	<input type="checkbox"/>
• Sätze	2.443	• Eidesstattliche Erklärung	<input type="checkbox"/>
• Wörter	39.452	• Inhaltsverzeichnis	<input checked="" type="checkbox"/>
• Zeichen	272.372	• Literaturverzeichnis	<input type="checkbox"/>
• Abbildungen	0	• Quellenverzeichnis	<input type="checkbox"/>
• Tabellen	0	• Stichwortverzeichnis	<input checked="" type="checkbox"/>
• Fußnoten	3	• Sperrvermerk	<input type="checkbox"/>
• Literatur	0	• Symbolverzeichnis	<input type="checkbox"/>
• Wörter (netto)	38.390	• Tabellenverzeichnis	<input type="checkbox"/>
		• Vorwort	<input checked="" type="checkbox"/>

Plagiattyp	Indizien
• Eigenplagiat	40
• Mischplagiat-eine Quelle	2
• Mischplagiat-mehrere Quellen	9
• Teilplagiat	14
• Zitat-wörtlich - Veränderung	7
• Anteil Fremdtex te (netto): 5 % (2021 von 38390 Wörtern)	
• Phrase-allgemein	1
• Phrase-fachspezifisch	73
• Phrase-Zitat	2
• Zitat-wörtlich - ohne Quellenangabe	7
• Zitat-wörtlich-im Text-ohne Quellenangabe	85
• Anteil Fremdtex te (brutto): 8 % (2994 von 39452 Wörtern)	

22% Gesamtplagiatswahrscheinlichkeit

Alle Ergebnisse dieses Reports werden von der Software automatisch berechnet, so dass alle Angaben jeweils den Stand der Software-Entwicklung wiedergeben.

ProfNet PlagiatService - Ergebnis Textanalyse (alle Analysen)

Kriterium	Dimension	Prüfdokument	Erstprüfer	Fachbereich	Hochschule	Fachrichtung	Hausarbeiten	Seminararbeiten	Bachelor Thesen	Diplomarbeiten	Master Thesen	Dissertationen	Habilitationen	alle
Dokumente	Anzahl	1	0	14	1	82	68	38	164	931	98	15076	146	34069
Abbildungen	Anzahl (Durchschnitt)	0	0	6	0	4	3	1	7	8	4	5	8	4
Absätze	Anzahl (Durchschnitt)	1397	0	897	1670	1079	143	178	306	374	328	598	849	628
Fußnoten	Anzahl (Durchschnitt)	3	0	194	165	328	37	66	38	63	44	90	103	75
Literatur	Anzahl (Durchschnitt)	0	0	0	0	6	0	58	22	9	6	7	0	38
Sätze	Anzahl (Durchschnitt)	2443	0	2388	5629	4466	586	671	1152	1517	1330	2528	3648	2227
Seiten	Anzahl (Durchschnitt)	98	0	219	438	229	39	40	84	108	101	169	207	136
Tabellen	Anzahl (Durchschnitt)	0	0	9	28	2	1	1	2	4	4	3	3	2
Wörter	Anzahl (Durchschnitt)	39452	0	35528	115180	77260	9955	10387	18031	24241	21978	40587	58855	36375
Zeichen	Anzahl (Durchschnitt)	272372	0	316006	808659	533269	65807	70164	118046	161924	141000	268838	398306	243960
Zitate	Anzahl (Durchschnitt)	100	0	422	711	650	104	61	113	164	153	236	400	249



Die statistischen Ergebnisse der Textanalyse des Prüfdokumentes werden mit den Ergebnissen aller analysieren Texte verglichen.

ProfNet PlagiatService - Ergebnis Textvergleich (alle Vergleiche)

Kriterium	Dimension	Prüfdokument	Erstprüfer	Fachbereich	Hochschule	Fachrichtung	Hausarbeiten	Seminararbeiten	Bachelor Thesen	Diplomarbeiten	Master Thesen	Dissertationen	Habilitationen	alle
Dokumente	Anzahl	1	0	9	1	59	46	24	152	877	85	14459	131	22776
Mischpl.-eine	Anzahl (Durchschnitt)	2	0	3	0	9	1	6	2	3	2	4	5	5
Teilplagiat	Anzahl (Durchschnitt)	14	0	8	18	53	10	8	21	21	21	31	33	32
Mischpl.-mehrere	Anzahl (Durchschnitt)	9	0	2	0	7	2	3	4	5	3	7	4	8
Zitat - wörtlich	Anzahl (Durchschnitt)	0	0	3	0	7	1	1	2	2	2	2	3	2
Verschleierung	Anzahl (Durchschnitt)	0	0	1	0	3	1	2	1	1	1	1	1	1

● **22%** Gesamtplagiatswahrscheinlichkeit

Die Textvergleichsergebnisse des Prüfdokumentes werden mit allen analysierten Texten verglichen. Die Plagiatswahrscheinlichkeit wird grob vom Programm automatisch berechnet.

Textstelle (Prüfdokument) S. 9

mit einem Spitzensteuersatz von 53 Prozent besteuert werden. Zudem wollen wir eine Millionärsteuer auf hohe Vermögen einführen und eine Reform der Erbschaftsteuer. | DIE LINKE verteidigt die sozialen Grundrechte der Menschen als Grundlage von Demokratie und Gerechtigkeit. **Wir wollen eine inklusive Gesellschaft, in der** alle Menschen am gesellschaftlichen Reichtum, an Kultur und Bildung teilhaben - und mitbestimmen, wie die Gesellschaft sich weiter entwickelt. Wir fordern bessere Leistungen für Erwerbslose und: weg mit dem Hartz-IV- System. Im ersten Schritt müssen die

Textstelle (Originalquellen)

Kultur - schaffen wir die Arbeitsplätze von morgen und sichern so Wohlstand und soziale Teilhabe für alle. Die Arbeit der Zukunft ist eine gerechter verteilte Arbeit. **Wir wollen eine inklusive Gesellschaft, in der** nicht einerseits Menschen ohne existenzsichernde Arbeit im sozialen Abseits stehen und andererseits unter Beschäftigten "Burnout" ein Massenphänomen ist und vielen kaum noch Zeit für familiäre

- 1 Bündnis 90/Die Grünen,: Wahlprogramm Bund 2013, 2013, S. 23

● 1% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

PlagiatService

Prüfbericht

34373

16.09.2013

5

ProfNet

Institut für Internet-Marketing



Textstelle (Prüfdokument) S. 10

Wohnungen mit Sozialbindung. | Wir stehen für ein friedliches, weltoffenes und solidarisches Europa, in dem gemeinsam Sozialstandards ausgehandelt und die Reichen über Vermögensabgaben an der Finanzierung beteiligt werden. | Die Finanzmärkte und Banken müssen wirksam kontrolliert und **in den Dienst der Gesellschaft gestellt werden**. Wir wollen eine Finanztransaktionsteuer und eine europaweite einmalige Abgabe für Vermögen über einer Million Euro. | Wir wollen Wirtschaft und Gesellschaft ökologisch umbauen und dabei die soziale Frage ins Zentrum des Umbaus rücken. Die Grundversorgung mit

Textstelle (Originalquellen)

wir für eine neue Wirtschafts- und Sozialordnung ein? Als erster Schritt muss der Finanzsektor unter demokratische Kontrolle gestellt werden? Sparkassen und Genossenschaftsbanken beweisen, dass Banken **in den Dienst der Gesellschaft gestellt werden** können? In Zukunft sollen alle Banken dem Gemeinwohl dienen? Wer allerdings versucht, den Finanzmarkt zu regulieren, ohne die immer weitere Anhäufung von Kapital und Vermögen

- 2 Die Linke.: Wahlprogramm Bund 2009, 2009, S. 10

● 1% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

PlagiatService

Prüfbericht

34373

16.09.2013

6



ProfNet

Institut für Internet-Marketing

Textstelle (Prüfdokument) S. 11

mit gesichertem Lebensstandard garantieren. Es muss sicher sein, dass für Bildung und Kindererziehung eine ausreichende und gute öffentliche Infrastruktur bereitgestellt wird. Auch wer wenig Geld hat, muss die Möglichkeit haben, seine Gesundheit gut zu erhalten. **Jede und Jeder hat das Recht auf Arbeit und das Recht**, konkrete Arbeitsangebote abzulehnen, ohne Sperrzeiten oder andere Sanktionen fürchten zu müssen. Eine solidarische Gesellschaft muss Reichtum von oben nach unten, von privat nach öffentlich verteilen und damit auch Neues schaffen: vor allem eine leistungsfähige öffentliche

Textstelle (Originalquellen)

sozialwohnungen bauen, erhöhen und den erlass von kommunalen erhaltungs- und Zweckentfremdungssatzungen sowie Umwandlungsverboten unterstützen. wir schaffen bezahlbaren Wohnraum **Jede und jeder hat das recht auf** angemessenen und bezahlbaren wohnraum. die wohnungsmärkte in bayern sind unterschiedlich. immer angespannteren wohnungsmärkten, in denen mieten oft drastisch erhöht werden, ohne dass die mehreinnahmen in

dieser Pflicht als notwendiges Instrumentarium der Migrationskontrolle festhalten wird.³⁴ forderungen: Abschaffung der Meldepflicht gem. § 87 Abs. 2 AufenthG für Gerichte und für Behörden, die das Recht auf **Arbeit und das Recht auf gerechte Arbeitsbedingungen** gewährleisten. Die Bundesregierung ist aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, dass Personen ohne Papiere ihre Arbeitsrechte ohne Gefährdung durchsetzen können. 6. recht auf gewerkschaftliche

- 3 ; das wahlprogramm zur bayerischen la..., 2013, S. 116
- 4 ; Parallelbericht der Allianz für wir..., 2011, S. 24

● 1% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

PlagiatService

Prüfbericht

34373

16.09.2013

7



ProfNet

Institut für Internet-Marketing

Textstelle (Prüfdokument) S. 5

an den Bedürfnissen der Beschäftigten orientieren. Beispiel: Beschäftigte sollen zweimal in ihrem Berufsleben die Möglichkeit haben für ein Jahr auszusteigen (Sabbatjahr), verbunden mit einem Rückkehrrecht auf den gleichen oder einen gleichwertigen Arbeitsplatz. Die **Beschäftigten brauchen größere Selbst- und Mitbestimmungsrechte in Bezug auf ihre Arbeitszeit und die Gestaltung ihrer Arbeit** - Überbelastungen müssen abgebaut werden. Nur so bleibt **genügend freie Zeit für Erholung, Muße und selbstbestimmte Tätigkeiten**. Der Profitdruck wird heute zunehmend an jeden einzelnen Beschäftigten weitergegeben. Das Unternehmen will nicht nur die Arbeitskraft, es will den ganzen Menschen: seine Motivation, seine Kreativität, sein Wissen, um Kosten zu sparen und die Leistung

Textstelle (Originalquellen)

Arbeit für die Einzelnen das wollen wir als neue Vollbeschäftigung? Die Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit mit Kindererziehung und Pflege muss verbessert werden? Die **Beschäftigten brauchen zudem größere Selbst- und Mitbestimmungsrechte in Bezug auf ihre Arbeitszeit und genügend freie Zeit für Erholung, Muße und selbstbestimmte Tätigkeiten?** Durch die Reform des Arbeitszeitgesetzes soll die höchstzulässige durchschnittliche Wochenarbeitszeit auf 40 Stunden begrenzt werden? Perspektivisch streben wir eine Obergrenze von 35 Stunden, längerfristig von 30 Stunden an?

- 5 Die Linke.: 1. Entwurf für ein Programm der Par..., 2010, S. 14
- 5 Die Linke.: 1. Entwurf für ein Programm der Par..., 2010, S. 14

● **2%** Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

PlagiatService

Prüfbericht

34373

16.09.2013

8

ProfNet

Institut für Internet-Marketing



Textstelle (Prüfdokument) S. 5

streng definierte Ausnahmen zu beschränken. | Sofort umsetzbar ist die Einführung einer Anti-Stress-Verordnung, wie sie auch von der IG Metall gefordert wird, und eines individuellen Veto-Rechts bei der Umgestaltung von Arbeitsaufgaben. | Wir wollen **den betrieblichen Arbeits- und Gesundheitsschutz und das Jugendarbeitsschutzgesetz** verbessern. Wir wollen die Arbeitszeiten bei vollem Lohn- und Personalausgleich verkürzen. Die Vorstellung, dass "Vollzeit" ein Acht- Stunden-Arbeitstag ist, stammt aus den Kämpfen des 19. Jahrhunderts und wurde 1918 gesetzlich vorgeschrieben. Wir brauchen dringend ein neues

Textstelle (Originalquellen)

auf Personal- und Stellenpläne zu erweitern? So ist zu erreichen, dass die Verkürzung der Wochenarbeitszeit zu mehr Beschäftigung führt und der Leistungsdruck nicht weiter ansteigt? **Den betrieblichen Arbeits- und Gesundheitsschutz und das Jugendarbeitsschutzgesetz** wollen wir verbessern? Die Ansprüche der Beschäftigten auf Weiterbildung wollen wir ausweiten? Gute Arbeit für jede und jeden erfordert erweiterte Mitbestimmung der Beschäftigten im Betrieb

- 5 Die Linke.: 1. Entwurf für ein Programm der Par..., 2010, S. 14

● 1% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

PlagiatService

Prüfbericht

34373

16.09.2013

9

ProfNet

Institut für Internet-Marketing



Textstelle (Prüfdokument) S. 5

bei vollem Lohn- und Personalausgleich verkürzen. Die Vorstellung, dass "Vollzeit" ein Acht- Stunden-Arbeitstag ist, stammt aus den Kämpfen des 19. Jahrhunderts und wurde 1918 gesetzlich vorgeschrieben. Wir brauchen dringend ein neues Ziel: Sechs Stunden sind genug. **Gute Arbeit für alle, aber weniger Arbeit für die Einzelnen das wollen wir als neue Vollbeschäftigung.** Wir unterstützen die Initiativen aus Gewerkschaften, eine neue gesellschaftliche Debatte um eine Arbeitszeitbegrenzung voranzubringen. Wir streben eine Obergrenze von 35, längerfristig von 30 Stunden an. Damit verkürzte Arbeitszeiten nicht zu Arbeitsverdichtung und damit zu Lohnkürzungen "verkommen" und

Textstelle (Originalquellen)

Unternehmen begrenzt, die Vergütung mit Aktienoptionen sowie übermäßige Abfindungen müssen verboten werden? Die Arbeitszeiten müssen gemäß den Bedürfnissen der Menschen **bei vollem** Lohnausgleich verkürzt werden? **Gute Arbeit für alle, aber weniger Arbeit für die Einzelnen das wollen wir als neue Vollbeschäftigung?** Die Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit mit Kindererziehung und Pflege muss verbessert werden? Die Beschäftigten brauchen zudem größere Selbst- und Mitbestimmungsrechte in Bezug auf ihre Arbeitszeit und

- 5 Die Linke.: 1. Entwurf für ein Programm der Par..., 2010, S. 14

● 2% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

PlagiatService

Prüfbericht

34373

16.09.2013

10

Textstelle (Prüfdokument) S. 7

scheitern. Wir brauchen einen Kurswechsel in der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik, der konsequent mit der Hartz-IV-Logik bricht: i6 1) Eine Versicherung gegen Erwerbslosigkeit, die den Lebensstandard sichert und einen Absturz in Armut verhindert. | Auch bei Erwerbslosigkeit müssen die sozialen Leistungen den vorher erreichten Lebensstandard annähernd sicherstellen. DIE LINKE fordert ein Erwerbslosengeld, das leichter zugänglich ist und länger gezahlt wird. Selbstständige wollen wir in die Erwerbslosenversicherung einbeziehen, so dass sie im Falle einer Insolvenz Anspruch auf Erwerbslosengeld haben. Die Sperrzeiten müssen abgeschafft

Textstelle (Originalquellen)

die Beitragsbemessungsgrenzen aufheben? Um Altersarmut zu verhindern, wollen wir eine erhöhte bedarfsgerechte Grundsicherung im Alter? Die Rente erst ab 67 lehnen wir ab? Auch bei Arbeitslosigkeit müssen die sozialen Leistungen den vorher erreichten Lebensstandard annähernd sicherstellen? Wir fordern daher: Hartz IV muss weg? Wir brauchen stattdessen ein am vergangenen Einkommen orientiertes Arbeitslosengeld und eine bedarfsdeckende und sanktionsfreie Mindestsicherung, die Armut tatsächlich verhindert

- 5 Die Linke.: 1. Entwurf für ein Programm der Par..., 2010, S. 14

● 1% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

PlagiatService

Prüfbericht

34373

16.09.2013

11

ProfNet

Institut für Internet-Marketing



Textstelle (Prüfdokument) S. 8

gestoppt werden. DIE LINKE wird sich an keiner Regierung beteiligen, die Privatisierungen der Daseinsvorsorge oder Sozialabbau betreibt oder deren Politik die Aufgabenerfüllung des öffentlichen Dienstes verschlechtert. Gute Rente: Lebensstandard sichern, Altersarmut verhindern, Ost-Renten angleichen "Ich habe mein Leben lang als Verkäuferin gearbeitet, als Rente bekomme ich 846 Euro. Wenn das mit den Rentenplänen so weitergeht, kriegt meine jüngere Kollegin ²⁰³⁰ gerade noch ⁶⁷ Euro, obwohl sie bis | Wir wollen die Solidarität in der Rentenversicherung stärken: Zeiten niedriger Löhne, der Erwerbslosigkeit, Kindererziehung und Pflege müssen deutlich besser abgesichert werden, damit sie nicht zu Armutsrenten führen. So sollen unabhängig vom Geburtsjahr des Kindes Müttern oder Vätern drei Jahre Kindererziehungszeiten in der Rente angerechnet werden. | Alle Erwerbseinkommen müssen in die Rentenversicherung eingehen - auch die von Selbstständigen, Beamtinnen und Beamten, Politikerinnen und Politikern. Beitragsbemessungsgrenzen sind aufzuheben, die Rentenhöhe ist abzuflachen. | Wir wollen die Möglichkeit schaffen, die in Riester-Verträgen erworbenen Ansprüche auf die gesetzliche Rente zu übertragen. Alle wissen, dass die Rente erst ab 67 für die meisten Menschen nicht machbar ist. Sie können gar nicht so lange arbeiten, weil sie nach einem langen Arbeitsleben nicht mehr gesund sind oder in diesem Alter keine Arbeit mehr haben oder bekommen. So kommt die Rente erst ab 67 meist einer erheblichen Rentenkürzung gleich. Der materiell halbwegs abgesicherte Lebensabend gerät so in Gefahr oder wird von vornherein zur Illusion. | Die Rente erst ab 67 muss abgeschafft werden - ohne Wenn und Aber. Jede und jeder muss wieder spätestens mit 65 Jahren abschlagsfrei in Rente gehen dürfen. | Nach 40 Beitragsjahren - einschließlich gleichgestellter Zeiten - wollen wir einen abschlagsfreien Einstieg in die Rente schaffen. Das soll bereits ab dem 60. Lebensjahr möglich sein. | Der Zugang zu den Erwerbsminderungsrenten muss erleichtert werden, die Abschläge wollen wir streichen. Um die drohende Altersarmut zu verhindern, müssen die Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt erheblich verbessert werden. Die Menschen können nur dann ausreichende eigene Rentenansprüche erwerben, wenn es genügend gute Arbeitsplätze mit gutem Lohn oder Gehalt gibt, insbesondere betrifft dies Frauen, die den größten Teil der zu Niedriglöhnen Beschäftigten ausmachen. Auch brauchen wir genügend öffentliche Angebote zur Kindererziehung und zur Pflege von Familienangehörigen. Die Rente muss den Lebensstandard im Alter sichern und Armut zuverlässig verhindern. Eine

● 5% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

Textstelle (Originalquellen)

Trägern, wie sie beispielsweise in den 2432 Häusern des Jugendrechts in Mainz oder Ludwigshafen praktiziert wird, weiter zu 2433 intensivieren. 2434 2435 Gleiches Recht für Alle 2436 Wir GRÜNE werden uns in der kommenden Wahlperiode für eine

PlagiatService

Prüfbericht

34373

16.09.2013

12

ProfNet

Institut für Internet-Marketing



Textstelle (Prüfdokument) S. 9

uns in der kommenden Wahlperiode für eine Solidarische Mindestrente von 1.050 Euro netto ein. Höhere Mietkosten sollen mit dem Wohngeld aufgefangen werden. Sonderbedarfe z. B. für chronisch Kranke, Menschen mit Behinderungen werden im Rahmen der Solidarischen Gesundheitsversicherung gewährt. DIE LINKE streitet für eine Politik, die die öffentlichen Systeme stärkt und die Privatisierung von Risiken bekämpft. Sie steht für eine Politik, die ein selbstbestimmtes Leben in Würde und sozialer Sicherheit im Alter ermöglicht. LINKE Rentenpolitik bedeutet mehr als bloße Mindestabsicherung. Ein gutes Leben im Alter heißt auch, den Lebensstandard aus der Erwerbsphase ohne allzu große Abstriche mindestens 19 halten, sowie sein Leben auch unabhängig vom Einkommen aus früherer Erwerbstätigkeit frei von Erwerbszwängen in Würde gestalten zu können. Deshalb gehören für uns Lebensstandardsicherung und Mindestabsicherung zusammen. | Wir vergessen nicht, dass die Regierung Merkel eines ihrer zentralen Wahlversprechen gebrochen hat: die Angleichung der Renten im Osten an das Westniveau. DIE LINKE fordert, den Rentenwert Ost zügig an das Westniveau anzugleichen. Die Angleichung muss spätestens bis Ende 2017 abgeschlossen sein. Die Lebensleistung in Ost und West muss endlich in gleicher Weise anerkannt werden. Die Angleichung darf nicht zum Nachteil der heute Versicherten führen. Deshalb muss die Hochwertung der ostdeutschen Löhne und Gehälter erhalten bleiben, solange es noch starke Lohndifferenzen zwischen Ost und West gibt. Nachteile bei der Überführung der Rentenregelungen Ost in das Rentensystem West für verschiedene Berufsgruppen und in der DDR geschiedene Frauen sind auszugleichen. Solidarität und Qualität in der Gesundheitsversorgung stärken - Schluss mit der Zwei-Klassen-Medizin. Gesundheit ist keine Ware Menschen, die unterhalb der Armutsgrenze leben, sterben statistisch gesehen sieben Jahre eher als der Durchschnitt der Bevölkerung. Armut macht krank und Krankheit macht arm. Dieser Teufelskreis kann nur durchbrochen werden, wenn das Gesundheitssystem für alle wirklich solidarisch gestaltet wird. Für fast alle Gesundheitsleistungen werden Zuzahlungen fällig egal, ob für Arzneimittel, Krankenhausaufenthalte oder Heil- und Hilfsmittel. | Jegliche Zuzahlungen und Zusatzbeiträge müssen abgeschafft werden. Alle Einnahmen und Überschüsse der Krankenkassen sind zum Wohle der Versicherten zu verwenden. | Alle medizinisch notwendigen Leistungen müssen wieder von der Krankenkasse bezahlt werden. Wir setzen uns für eine wissenschaftlich fundierte Versorgung ein, die nicht den

● 3% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

Textstelle (Originalquellen)

Justizpolitik einsetzen, 2437 die effizient, unabhängig und bürgerfreundlich arbeitet. Durch den Justizapparat muss 2438 gewährleistet sein, dass alle Menschen unabhängig von ihrem Geldbeutel und in einem 2439 angemessenen

Reformprojekte kämpfen, wirken wir zugleich für unser sozialistisches Ziel? 1. Wie wollen wir leben? Gute Arbeit, soziale Sicherheit und Gerechtigkeit DIE LINKE will, dass jeder Mensch ein selbstbestimmtes Leben in Würde und sozialer Sicherheit führen kann, sein Recht auf Arbeit, auf Bildung und Kultur wahrnehmen kann und nicht diskriminiert oder ausgegrenzt wird? Gute Arbeit Die Grundlage für die Entwicklung

Probleme (und ihnen daraus erwachsende Unannehmlichkeiten), wenn diese von den anderen verursacht werden, sind aber gar nicht empfindlich, wenn sie anderen Probleme und Unannehmlichkeiten bereiten. Dieser Teufelskreis kann nur durchbrochen werden, wenn sich jeder einzelne verpflichtet, nie ein Problem bis zum nächsten Prozeß gelangen zu lassen. Ein Manager, der sich im Berufsalltag einem Problem gegenüber sieht, versucht zunächst

- 6 : Impulse für 2011 Dialogangebot zur ..., 2010, S.
- 5 Die Linke.: 1. Entwurf für ein Programm der Par..., 2010, S. 14
- 7 : Kaizen. Der Schlüssel zum Erfolg (t..., 1992, S. 201

PlagiatService
Prüfbericht

34373

16.09.2013

13

Textstelle (Prüfdokument) S. 10

maximalen Profit für die Anbieter, sondern die optimale Therapie für die Patientinnen und Patienten in den Mittelpunkt stellt. Wir wenden uns gegen jede Bestrebungen, medizinische Angebote zu rationieren. | Wir treten für eine effektive Begrenzung der Arzneimittelpreise ein. Die verantwortlichen Behörden sollen diese Preise festsetzen. Die Einführung einer Positivliste ist überfällig: Alle sinnvollen Medikamente müssen vollständig erstattet werden teure Medikamente, die nur scheinbar neu sind, gehören dagegen nicht in den Leistungskatalog. Wo für schwere, insbesondere für seltene Erkrankungen anerkannte Diagnose- und Therapiemethoden nicht zur Verfügung stehen oder im Einzelfall nicht wirken, sollen die Krankenkassen auch unkonventionelle Verfahren finanzieren, wenn erwartet werden kann, dass sie den Patientinnen und Patienten nicht schaden und zumindest eine begründete Aussicht auf Wirksamkeit besteht. | Wir treten für eine gute flächendeckende und barrierefreie Versorgung mit Arztpraxen ein. Neue Versorgungsformen wie Patientinnen- und Patientenbusse, Gemeinschafts- und Teilzeitpraxen oder Medizinische Versorgungszentren in öffentlicher Hand können die Arbeit im ländlichen Raum für junge Medizinerinnen und Mediziner wieder attraktiver machen, ebenso wie unterstützende Sozial- und Gesundheitsdienste mit nichtärztlichem Fachpersonal. | Wir setzen uns dafür ein, dass die wohnortnahe und unmittelbar mit den Patientinnen und Patienten beschäftigte ärztliche Versorgung angemessen und nicht schlechter honoriert werden als weitere medizinische Leistungen. | DIE LINKE setzt auf die Qualifikation und Erfahrung von Apothekerinnen und Apothekern bei der Versorgung der Menschen mit Arzneimitteln und bei der pharmazeutischen Beratung. Wir wollen keine Werbung für und keinen Versandhandel mit verschreibungspflichtigen Medikamenten, denn die Patientensicherheit steht für uns im Mittelpunkt. 20 | Korruption im Gesundheitswesen schädigt nicht nur die Krankenkassen finanziell, sie untergräbt auch das Vertrauensverhältnis zwischen den Medizinerinnen und Mediziner und den Menschen, die ihre Hilfe benötigen. Deswegen setzen wir uns dafür ein, dass korruptes Verhalten im Gesundheitswesen konsequent verfolgt und strafrechtlich geahndet wird. In den letzten Jahren wurde das Gesundheitswesen immer stärker an Markt- und Gewinninteressen ausgerichtet. Profit und Wettbewerb führen beispielsweise dazu, dass notwendige Behandlungen abgelehnt und vermehrt teure Leistungen ohne nachgewiesenen Nutzen angeboten werden konnten. Die Beschäftigten müssen immer mehr Arbeiten übernehmen, so dass sie für die einzelnen

● 4% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

Textstelle (Originalquellen)

transphob motivierter Straftaten
2764 entwickeln. Die oder der Landesbeauftragte soll jährlich dem Landtag über die Lage von 2765 LSBT in Rheinland-Pfalz berichten. 2766 2767
Regenbogenfamilien stärken Diskriminierung entgegneten 2768 Wir setzen uns dafür ein, dass die Gründung und Anerkennung von Regenbogenfamilien 2769 rechtlich und gesellschaftlich erleichtert wird: Wir wollen nicht nur die Öffnung der Ehe für 2770 gleichgeschlechtliche Paare, sondern auch die Einführung

zu steigern und die Gründung von neuen
Genossenschaften zu erleichtern, auch durch Erleichterungen für
Kleinstgenossenschaften. Der Staat muss als Auftraggeber der Wirtschaft neue Standards setzen. Deswegen setzen wir uns dafür ein, dass soziale und ökologische Kriterien bei der Anwendung des Vergaberechts Berücksichtigung finden. Wir wollen, dass die öffentliche Hand ausreichend personelle und inhaltliche Kompetenzen behält, damit kein

- 6 .: Impulse für 2011 Dialogangebot zur ..., 2010, S.
- 8 SPD.: Wahlprogramm Bund 2013, 2013, S. 15

PlagiatService
Prüfbericht

34373

16.09.2013

14

Textstelle (Prüfdokument) S. 11

Textstelle (Originalquellen)

PlagiatService

Prüfbericht

34373

16.09.2013

15

Patientinnen und Patienten immer weniger Zeit haben. Hunderttausende Arbeitsplätze wurden in Krankenhäusern abgebaut. Das sollte die Krankenhäuser billiger, besser und effizienter für Beschäftigte und Patientinnen und Patienten machen, hieß es. Das Gegenteil trat ein: Für die Beschäftigten folgten aus diesem Abbau Arbeitsverdichtung, Zeitdruck, Belastung und Stress. Alle Gesundheitsberufe müssen in die Bedarfsplanung einbezogen werden. Gesundheitliche Versorgung ist mehr als medizinische Versorgung. Ein Vergleich: In Deutschland betreut eine Pflegekraft im Durchschnitt 21 Patientinnen oder Patienten, in Dänemark zehn, in Norwegen neun und in den USA acht. | Krankenhäuser müssen bedarfsgerecht und solide finanziert werden. Bund und Länder müssen ausreichend Mittel für eine flächendeckende Infrastruktur bereitstellen. Krankenkassen sollen den Betrieb der Krankenhäuser angemessen sichern. | Es darf keine weitere Privatisierung von Krankenhäusern geben, bereits privatisierte Krankenhäuser wollen wir in öffentliche und nichtkommerzielle Trägerschaften überführen. Die Beschäftigten müssen zudem bei der Organisation und Planung ihrer Arbeit stärker mitbestimmen können. | Der Mangel an Personal in Krankenhäusern, Pflegeheimen, in der ambulanten Versorgung und der häuslichen Pflege muss beseitigt werden. Wir setzen uns für eine verbindliche, aus dem medizinischen Bedarf abgeleitete Personalbemessung ein. Das System der Fallpauschalen (DRGs) setzt falsche Anreize: Es belohnt, möglichst viele Fälle mit möglichst wenig Personal in möglichst kurzer Zeit zu behandeln. Kosten werden zu Lasten der Beschäftigten gesenkt. Krankenhäuser bemühen sich um lukrative, aber medizinisch unnötige Eingriffe. Für die Patientinnen und Patienten bedeuten Fallpauschalen frühe Entlassung und häufig Wiedereinweisung ("Drehtüreffekt"). DIE LINKE setzt sich deshalb für die Abschaffung aller Formen der Leistungsabrechnungen ein, die Anreize zu Über- und Fehlversorgung schaffen. | Die Unterfinanzierung der Krankenhäuser muss gestoppt werden. Die DRGs als marktwirtschaftliches Entgeltsystem sind unvereinbar mit

2030 noch weiter sinken - bis auf 43 Prozent. Eine Rente von ehemals 1.000 Euro ist dann nur noch 800 Euro wert. Die Lücken sollen die Beschäftigten selbst schließen, indem sie privat vorsorgen. Diese Rechnung geht nicht auf: Viele brauchen ihr ganzes Einkommen, um den Alltag zu finanzieren und können sich eine zusätzliche Altersvorsorge buchstäblich nicht leisten. Zudem sind die Versicherungsangebote oft schlecht. Bei vielen Riester-Verträgen sind die Verwaltungskosten so hoch und die Renditen so schwach, dass das Geld genauso gut unter die Matratze gelegt werden könnte. Die milliarden schwere Förderung der Privatvorsorge durch die Steuerzahlenden nützt vor allem der Versicherungsindustrie und



3%

Einzelplagiatswahrscheinlichkeit



ProfNet

Institut für Internet-Marketing

Textstelle (Prüfdokument) S. 28

nicht mehr leisten, sonst würden wir unseren Kindern und Enkeln nur noch Schulden hinterlassen. Wir stellen dagegen fest: Gerade im Interesse unserer Kinder und Enkel dürfen wir das Gemeinwesen nicht dem Markt überantworten. Denn: Wo **Daseinsvorsorge in privater Hand betrieben wird, steht nicht mehr die Leistung für die Menschen im Vordergrund, sondern Gewinnerzielung und Marktinteressen.** Die Grundlagen für eine gerechte Gesellschaft werden mit der Privatisierung von Wasser über Energie, Nahverkehr bis zur Bildung zerstört. | Wir stehen für ein neues Modell einer leistungsfähigen, demokratischen, öffentlichen Daseinsvorsorge und Infrastruktur. |

Textstelle (Originalquellen)

Basis einer gerechten Gesellschaft der gleiche Zugang für alle zu den grundlegenden Gütern vom Wasser bis zur Bildung wird durch Privatisierungen zerstört? Dort, wo die **Daseinsvorsorge in privater Hand betrieben wird, steht nicht mehr die Leistung für die Menschen im Vordergrund, sondern** das Streben nach Gewinn? Einen schwachen Staat und einen ausgedünnten öffentlichen Sektor können sich nur die Reichen leisten? Wer die öffentliche Daseinsvorsorge privatisiert, schwächt die

- 2 Die Linke.: Wahlprogramm Bund 2009, 2009, S. 10

● 2% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

PlagiatService

Prüfbericht

34373

16.09.2013

16

Textstelle (Prüfdokument) S. 29

und Bürgerbeteiligung gehören zusammen. Bürgerinnen und Bürger sind von Anfang an in kommunale Entscheidungen einzubeziehen. Es muss öffentlich diskutiert werden, welche Aufgaben und Angebote in öffentlicher Verantwortung erledigt und hergestellt werden. Eine Demokratie funktioniert nur, wenn sie die Ziele demokratischer Mehrheiten auch gegenüber wirtschaftlicher Macht durchsetzen kann. Den Unternehmen müssen die Ziele des Wirtschaftens und ein klar definierter Handlungsrahmen durch die Parlamente vorgegeben werden. Deshalb treten wir für eine neue Wirtschafts- und Sozialordnung ein. Der Finanzsektor muss demokratisch kontrolliert werden. In Zukunft sollen alle Banken dem Gemeinwohl dienen. Deshalb ist es geboten, die privaten Großbanken zu vergesellschaften. Denn gerade sie sind es, die mit ihrer Macht Staaten erpressen und gegeneinander ausspielen. Das Thema Wirtschaftsdemokratie gehört ebenso auf die Tagesordnung. Wer den Unternehmen und den Finanzfonds freie Hand lässt, verhindert Demokratie. Genau dies erleben wir jetzt täglich. Jedes einzelne Unternehmen muss bei seinen Entscheidungen der Sozialpflichtigkeit des Eigentums gerecht werden. Wir wollen private Banken vergesellschaften, den Finanzsektor öffentlicher Kontrolle unterwerfen und strikt regulieren, den privaten Bankensektor in die öffentliche Hand überführen und - entsprechend den Sparkassen - auf das Gemeinwohl verpflichten (vgl. Kapitel II). Die Wirtschaft wollen wir demokratisieren: Belegschaften sollen sich an den großen Unternehmen beteiligen können; staatliche Hilfen werden



7% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

Textstelle (Originalquellen)

ob die öffentliche Hand sich wirtschaftlich engagiert, sondern in wessen Interesse, mit welchen Zielen und auf wessen Kosten das geschieht? Eine Demokratie funktioniert nur dann, wenn sie die Ziele demokratischer Mehrheiten auch gegenüber wirtschaftlicher Macht durchsetzen kann? Die gewählten Repräsentantinnen und Repräsentanten des Volkes müssen den Unternehmen die Ziele des Wirtschaftens und einen klar definierten Rahmen vorgeben? Deshalb treten wir für eine neue Wirtschafts- und Sozialordnung ein? Als erster Schritt muss der Finanzsektor unter demokratische Kontrolle gestellt werden? Sparkassen und Genossenschaftsbanken beweisen, dass Banken in den Dienst der Gesellschaft gestellt werden können? In Zukunft sollen alle Banken dem Gemeinwohl dienen? Wer allerdings versucht, den Finanzmarkt zu regulieren, ohne die immer weitere Anhäufung von Kapital und Vermögen zu stoppen und zu reduzieren, ist zum Scheitern verurteilt?

sondern auch der wirtschaftspolitischen Vernunft, denn nur so kann die Binnennachfrage gestärkt werden? Das Thema Wirtschaftsdemokratie gehört auf die Tagesordnung? Wer den Unternehmerinnen und Unternehmern und den Finanzfonds freie Hand lässt, verhindert Demokratie? Genau dies erleben wir jetzt täglich? Auch auf betrieblicher Ebene muss die Sozialbindung des Eigentums gesichert werden? In den vergangenen Jahren wurde die wachsende Unterordnung des Betriebsvermögens unter die Interessen der

zugleich eine wirksame Politik für kleine und mittlere Unternehmen? Diese gilt es darüber hinaus mit einer gezielten Steuer- und Förderpolitik zu unterstützen? DIE LINKE fordert: n private Banken vergesellschaften, den Finanzsektor öffentlicher Kontrolle unterwerfen und strikt regulieren: den privaten Bankensektor in die öffentliche Hand überführen und, entsprechend den Sparkassen, auf das Gemeinwohl verpflichten; Leerverkäufe, außerbilanzielle Zweckgesellschaften, Derivate, Hedgefonds und Private-Equity-Gesellschaften verbieten; Steueroasen austrocknen; zinsgünstige Finanzierung sinnvoller Investitionen gewährleisten; kleinen und mittleren

- 2 Die Linke.: Wahlprogramm Bund 2009, 2009, S. 10
- 2 Die Linke.: Wahlprogramm Bund 2009, 2009, S. 10
- 2 Die Linke.: Wahlprogramm Bund 2009, 2009, S. 10
- 2 Die Linke.: Wahlprogramm Bund 2009, 2009, S. 10
- 2 Die Linke.: Wahlprogramm Bund 2009, 2009, S. 10

PlagiatService
Prüfbericht

34373

16.09.2013

17

Textstelle (Prüfdokument) S. 29

nur im Tausch gegen entsprechende Eigentumsanteile der öffentlichen Hand und der Belegschaften vergeben; Verstaatlichungen oder Teilverstaatlichungen sind mit demokratischer Kontrolle und mehr Mitbestimmung zu verbinden. Um solidarische Ökonomie zu unterstützen, müssen Genossenschaften stärker gefördert werden, auch mit dem Instrument der Arbeitsmarktpolitik. In verschiedenen sozialen Bewegungen,

Textstelle (Originalquellen)

Unternehmen sowie Konsumentinnen und Konsumenten
große Erbschaften und Finanzgeschäfte wesentlich stärker belastet als bisher; Millionärssteuer für die Bewältigung der Krisenlasten; n Wirtschaft demokratisieren: Belegschaften an den großen Unternehmen beteiligen; staatliche Hilfen nur im Tausch gegen entsprechende Eigentumsanteile der öffentlichen Hand und Belegschaften vergeben; Verstaatlichungen oder Teilverstaatlichungen mit demokratischer Kontrolle und Mitbestimmung verbinden; Verbot von Massenentlassungen bei Unternehmen, die nicht insolvenzgefährdet sind; paritätische Mitbestimmung in allen Betrieben

- 2 Die Linke.: Wahlprogramm Bund 2009, 2009, S. 10

● 2% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

PlagiatService

Prüfbericht

34373

16.09.2013

18

ProfNet

Institut für Internet-Marketing



Textstelle (Prüfdokument) S. 33

bewältigen. Bildung ist keine Ware. Gute Bildung für alle Das bestehende Bildungssystem verschärft soziale Unterschiede, statt für mehr Gerechtigkeit zu sorgen. Es zementiert Privilegien und soziale Ausgrenzung, statt sie zu überwinden. In kaum einem anderen Industrieland bestimmt die soziale Herkunft so sehr über die Bildungslaufbahn wie in Deutschland. Für DIE LINKE ist Bildung ein Menschenrecht. Bildung trägt dazu bei, dass Menschen ihr Leben selbstbewusst, selbstbestimmt und selbstständig gestalten und gesellschaftliche Zustände kritisch bewerten und verändern können. Deshalb muss

Textstelle (Originalquellen)

Kreativität, Kritik- und Handlungsfähigkeit, Solidarität und historisch-politisches Bewusstsein? Sie entwickelt die Kompetenzen zur Bearbeitung der gesellschaftlichen und globalen Schlüsselprobleme der Menschen? In kaum einem Industrieland bestimmt die soziale Herkunft so sehr über den Bildungserfolg wie hierzu lande? Das Bildungssystem mit seiner mehrgliedrigen Struktur von höherer und niederer Bildung verstärkt die soziale Auslese und zementiert die Bildungsprivilegien der

- 5 Die Linke.: 1. Entwurf für ein Programm der Par..., 2010, S. 14

● 1% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

PlagiatService

Prüfbericht

34373

16.09.2013

19

Textstelle (Prüfdokument) S. 36

Behinderung gewährt. Dazu bedarf es einem barrierefreien Hochschulbau, angepasster Lehrmethodik sowie Beratungs- und Betreuungsstrukturen, die die Gleichstellung von Menschen mit chronischer Krankheit bzw. Behinderungen tatsächlich gewährleisten. Immer noch hat die soziale Herkunft einen hohen Einfluss [auf die Entscheidung für oder gegen ein Studium](#). Die sozialen Hürden zur Hochschule wurden durch Zugangsbeschränkungen und Auswahlgespräche vielerorts sogar erhöht. Und die Hochschulen sind immer weniger in der Lage, ihrer Funktion als kritischer Instanz gegenüber der Gesellschaft und als gesellschaftlicher Träger von

Textstelle (Originalquellen)

in diesem. Dabei ist das antizipierte Erwerbseinkommen von der Arbeitsmarktentwicklung abhängig. Die Studien von HEINE/BECHMANN/DURRER (2001) und RAMM/BARGEL (2001) betrachten den Einfluss der Arbeitsmarktaussichten [auf die Entscheidung für oder gegen ein Hochschulstudium](#). RAMM/BARGEL (2001) untersuchen die Arbeitsmarktaussichten und Reaktionen von Studienanfängern (1.-4. Fachsemester) in natur- und ingenieurwissenschaftlichen Fächern. Die Rate der Arbeitslosigkeit in den Teilarbeitsmärkten differiert stark.

modelliert wird (Kristen 1999). Zentrale Annahme aller Rational-Choice-Ansätze ist, dass aus einer gegebenen Anzahl von Entscheidungsalternativen, wie beispielsweise der Entscheidung für oder gegen ein [Studium](#), diejenige ausgewählt wird, die den größten subjektiv erwarteten Nutzen hat. Dieser ergibt sich aus dem erwarteten Bildungsertrag, den erwarteten Bildungskosten sowie der subjektiven Realisierungs- und

- 9 ; Unternehmensgründungen aus Hochschu..., 2003, S. 100
- 10 ; Herausforderung Internationalisieru..., 2010, S. 63

● 1% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

PlagiatService

Prüfbericht

34373

16.09.2013

20

Textstelle (Prüfdokument) S. 39

zu einer kürzeren Vollzeit und einer langen Teilzeit. Dabei ist nicht nur der volle Lohnausgleich, sondern auch die Gleichwertigkeit der Bezahlung zu sichern und es sind vielfältige familien- und bildungsfreundliche Arbeitszeitmodelle zu etablieren. Wir fordern **gleichen Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit**. Die Lohnungleichheit, dass in Deutschland Frauen 22 Prozent schlechter bezahlt werden als Männer, ist zu überwinden. | Der Gesetzgeber soll die Tarifpartner gesetzlich verpflichten, die Tarifverträge nach geschlechtergerechten Kriterien zu überarbeiten. | Der Bundeshaushalt muss nach den Kriterien

● 1% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

Textstelle (Originalquellen)

systematisch danach beurteilt werden, welche Auswirkungen sie auf Frauen und auf Männer haben werden? Wir unterstützen Maßnahmen, die zur Erhöhung der Frauenerwerbsquote beitragen, streiten für **gleichen Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit**, für die Verkürzung der Arbeitszeit und für die gerechte Verteilung von Erwerbs- und Familienarbeit auf Männer und Frauen? Wir fordern ein Gleichstellungsgesetz auch für die

- 5 Die Linke.: 1. Entwurf für ein Programm der Par..., 2010, S. 14

PlagiatService

Prüfbericht

34373

16.09.2013

21

ProfNet

Institut für Internet-Marketing



Textstelle (Prüfdokument) S. 39

Vorstandsetagen. Alle Politikbereiche haben ihren Beitrag zur Geschlechtergerechtigkeit zu leisten. Die Frauenerwerbsquote in gut entlohnenden, unbefristeten und sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen ist zu steigern. Die partner- bzw. partnerinnenabhängige Leistungsberechnung bei Erwerbslosigkeit ist zu beenden. | **DIE LINKE fordert ein Gleichstellungsgesetz für die private Wirtschaft. Unternehmen, in welchen Frauen oder Männer in Bezahlung, Aufstieg und Verantwortung benachteiligt sind, müssen verbindlich Gleichstellungsmaßnahmen einführen.** | Professionelle Sorgearbeit und personenbezogene Dienstleistungen (Kinderbetreuung, Pflege) müssen durch bessere Bezahlung und bessere Arbeitsbedingungen aufgewertet werden. | Für Migrantinnen und Frauen und Mädchen mit Behinderung

Textstelle (Originalquellen)

Hilfe Betroffene sich wirksam gegen Diskriminierung wehren können. **DIE LINKE fordert: "Halbe/Halbe": DIE LINKE steht für die Quotierung aller politischen Mandate und öffentlichen Ämter. ein Gleichstellungsgesetz für die private Wirtschaft. Unternehmen, in welchen Frauen oder Männer bei Bezahlung, Aufstieg und Verantwortung benachteiligt sind, sollen verbindlich Gleichstellungsmaßnahmen einführen.** Keine staatliche Subvention des überholten Familienmodells mit dem Mann als Ernährer und der Frau

- 11 ;. Wahlprüfstein DIE LINKE, 2009, S. #P5#vor

● 2% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

PlagiatService

Prüfbericht

34373

16.09.2013

22

ProfNet

Institut für Internet-Marketing



Textstelle (Prüfdokument) S. 40

tatsächlichen Betreuungs- und Pflegeleistungen, das Zusammenleben mit Kindern sollen steuerlich gefördert und im Rentenrecht ausgeglichen werden. Das Ehegattensplitting wird abgeschafft. Damit wird auch die steuerliche Benachteiligung von Lesben und Schwulen beendet. | Wir stehen für eine [aktive Anti-Diskriminierungspolitik. Niemand soll in Belastungssituationen allein für seine oder ihre Rechte kämpfen müssen. Deshalb muss das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz mit einem echten Klagerecht für Verbände verbessert werden.](#) | DIE LINKE fordert die Aufnahme des Schutzes vor Diskriminierungen auf Grund der Identität, sexuellen Orientierung und Lebensweise in Artikel 3 Grundgesetz. Um dieses erweiterte Grundrecht zu garantieren,

Textstelle (Originalquellen)

Keine staatliche Subvention des überholten Familienmodells mit dem Mann als Ernährer und der Frau als Zuverdienerin. Das Renten-, Steuer-, Sozial- und Familienrecht müssen reformiert werden. [Aktive Anti-Diskriminierungspolitik. Niemand soll in Belastungssituationen alleine für seine Rechte kämpfen müssen. Deshalb muss das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz durch ein echtes Klagerecht für Verbände verbessert werden.](#) Gesundheit Frauen werden medizinisch häufig unter-, fehl- oder übertsorgt. Forschung, Diagnostik und Therapie sind fast ausschließlich

- 11 ;: Wahlprüfstein DIE LINKE, 2009, S. #P5#vor
- 11 ;: Wahlprüfstein DIE LINKE, 2009, S. #P5#vor

● 4% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

PlagiatService

Prüfbericht

34373

16.09.2013

23

ProfNet

Institut für Internet-Marketing



Textstelle (Prüfdokument) S. 42

ungleichen Ausgangsbedingungen unangetastet, die soziale Integration auf der Strecke. | DIE LINKE fordert ein bedarfsgerechtes und qualitativ hochwertiges Ganztagesbetreuungsangebot für Kinder, die ihren unterschiedlichen und altersspezifischen Bedürfnissen gerecht wird. Alle Kinder von einem Jahr an haben **einen Rechtsanspruch auf einen Platz in einer Kindertagesstätte**. Bei der Bereitstellung von Plätzen in Kindertagesstätten gilt der tatsächliche Bedarf und nicht eine beliebig ermittelte Quote. Zudem ist die rechtliche und finanzielle Grundlage für ein flächen- und bedarfsgerechtes ganztägiges Schulangebot zu schaffen. | Heute werden Eltern,

Textstelle (Originalquellen)

wollen wir ein Landesgesetz auf den Weg bringen, das eine 3247 verlässliche und bedarfsgerechte Finanzierung von Frauenhäusern in ihrer Aufgabenvielfalt ver-3248 ankert und allen betroffenen Frauen **einen Rechtsanspruch auf einen Platz in einer** solchen Un-3249 terstützungseinrichtung garantiert. 3250 3251 Zum Schutz von Mädchen vor sexualisierter und häuslicher Gewalt und jenen, die von Zwangs-3252 heirat betroffen sind, werden wir eine ausreichende

von Familie und Beruf wollen wir für alle Menschen, die Kinder erziehen, 1508 verlässlich ermöglichen. Daher soll perspektivisch der bundesweite Rechtsanspruch auf 1509 einen Platz in einer **Kindertagesstätte** direkt nach dem Mutterschutz einsetzen. Die 1510 Einrichtungen sollen flexible und bedarfsgerechte Betreuungszeiten anbieten, um den 1511 unterschiedlichen Lebenslagen von Menschen gerecht zu werden, die für Kinder 1512

- 12 ; SPD Grüne: Koalitionsvertrag NRW, 2008, S. 3285
- 6 ; Impulse für 2011 Dialogangebot zur ..., 2010, S.

● 1% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

PlagiatService

Prüfbericht

34373

16.09.2013

24

Textstelle (Prüfdokument) S. 42

erleichtert werden. | DIE LINKE fordert einen flexiblen Elterngeldanspruch von zwölf Monaten pro Elternteil (bzw. 24 Monate für Alleinerziehende) anstatt Herdprämien wie das Betreuungsgeld. Das Elterngeld soll **zu einem sozial ausgestalteten Elterngeldkonto** weiterentwickelt werden. Elterngeld soll auch **in Teilabschnitten von mindestens zwei Monaten bis zur Vollendung des siebten Lebensjahres des Kindes** genommen werden können und gleichzeitig von beiden Elternteilen. So wird eine möglichst gleiche Aufteilung der Erwerbsund auch der Erziehungsarbeit zwischen den Eltern begünstigt. Junge Väter sind dabei zu unterstützen, sich mehr um ihre Kinder kümmern

Textstelle (Originalquellen)

Elterngeld **zu einem sozial ausgestalteten Elterngeldkonto** weiterentwickeln: für Väter und Mütter einen nicht übertragbaren gleichen Anspruch auf jeweils zwölf, für Alleinerziehende auf 24 Monate schaffen; Inanspruchnahme **in Teilabschnitten von mindestens zwei Monaten bis zur Vollendung des siebten Lebensjahres des Kindes** ermöglichen; n höherer Regelsatz für Kinder und Jugendliche, die Leistungen nach Hartz IV beziehen: den Regelsatz sofort deutlich anheben; jungen Erwachsenen ab dem 18? Lebensjahr einen Anspruch auf

- 2 Die Linke.: Wahlprogramm Bund 2009, 2009, S. 10

● 2% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

PlagiatService

Prüfbericht

34373

16.09.2013

25

ProfNet

Institut für Internet-Marketing



Textstelle (Prüfdokument) S. 44

für die Förderung der Vielfalt von Kulturen im Einwanderungsland Deutschland, für interkulturelle Öffnung und interkulturellen Dialog in der Innen- und Außenpolitik ein. | Wir wollen die Partizipationsrechte der Minderheiten auf Bundesebene stärken und eine angemessene Ausstattung der **Institutionen und Projekte zur Pflege und Entwicklung der anerkannten Minderheitensprachen und -kulturen** erreichen. | Wir wollen die kulturelle Dimension der europäischen Einigung durch einen intensiveren Austausch und gemeinsame kulturelle Projekte fördern. | Kultur ist mehr als eine Ware und darf nicht nur unter kommerziellen Gesichtspunkten betrachtet werden. DIE LINKE tritt dafür ein, dass der in der UNESCO-Konvention festgehaltene besondere Charakter von Gütern und Leistungen im Kultur- und Medienbereich auch bei internationalen Freihandels- und Investitionsabkommen berücksichtigt wird. Kultur- und Kreativwirtschaft von links Die Kultur- und Kreativwirtschaft kommt dem

● **2%** Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

Textstelle (Originalquellen)

ein modernes Urheberrecht schaffen: die soziale Lage von Kreativen tatsächlich verbessern; n eine Gedenkstättenpolitik auf den Säulen der demokratischen europäischen und ost- und westdeutschen Kulturtraditionen entwickeln; n **Institutionen und Projekte zur Pflege und Entwicklung der anerkannten Minderheitensprachen und -kulturen** mit jenen Mitteln ausstatten, die den gewachsenen Aufgaben im Bildungs-, Wissenschafts-, Kultur- und Medienbereich entsprechen; die Partizipationsrechte der Minderheiten auf Bundesebene grundlegend stärken? 3.6. Ohne Gleichstellung bleibt

Ein Beispiel dafür wäre eine gemeinsame Sachmittelbeschaffung, die nach strengen ökologischen und sozialen Kriterien erfolgt und bei der auch die Grundsätze des fairen Handels berücksichtigt werden. DIE LINKE tritt dafür ein, dass die öffentliche Beschaffung diese Kriterien auch heute schon einhält. 7.5 SSW-Fraktion Eine Harmonisierung und engere Zusammenarbeit im IT-Bereich ist anzustreben, um zukunftsfähige Strukturen zu

- 2 Die Linke.; Wahlprogramm Bund 2009, 2009, S. 10
- 13 ; Bericht der Enquetekommission. Chan..., 2011, S.

PlagiatService

Prüfbericht

34373

16.09.2013

26

Textstelle (Prüfdokument) S. 48

Organe prüfen und kontrollieren nicht nur die Geschäftstätigkeit, sie haben auch eine Verantwortung, zur Weiterentwicklung der Geschäftsstrategie beizutragen. Neustart der Europäischen Union: demokratisch, sozial, ökologisch, friedlich DIE LINKE steht für einen Neustart der Europäischen Union. **Gemeinsam mit anderen linken Parteien steht DIE LINKE für einen Politikwechsel in Europa:** Für **eine andere, eine bessere EU**. Ausgangspunkte unserer Politik für die Weiterentwicklung der Sozial-, Wirtschafts- und Friedensunion sind Menschen, nicht Märkte, Solidarität statt brutaler Wettbewerb, Demokratie und Mitbestimmung statt elitärer Hinterzimmerdiplomatie. **Wir wollen eine** Europäische

Textstelle (Originalquellen)

die Bewältigung von Wirtschaftskrisen, für die Wahrung der Interessen der Beschäftigten, für den sozial-ökologischen Umbau in Europa und für die Lösung der globalen Herausforderungen? **Gemeinsam mit anderen linken Parteien steht DIE LINKE für einen Politikwechsel in Europa? Wir wollen eine andere, eine bessere EU!** Die Europäische Union muss zu einer tatsächlich demokratischen, sozialen, gerechten und zu einer Friedensunion werden? Die bisherigen Vertragsgrundlagen

- 5 Die Linke.: 1. Entwurf für ein Programm der Par..., 2010, S. 14

● **2%** Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

PlagiatService

Prüfbericht

34373

16.09.2013

27

ProfNet

Institut für Internet-Marketing



Textstelle (Prüfdokument) S. 49

den Druck zu Sozial- und Lohnkürzungen in den anderen Euro-Ländern. DIE LINKE steht für einen Neuanfang in Europa und einen grundlegenden Politikwechsel der Europäischen Union. In der EU wird Wettbewerb kontrolliert - wir wollen, dass die Einhaltung von sozialen Vorschriften EU-weit überprüft und Verstöße dagegen geahndet werden. | Gewerkschaften und Tarifverträge müssen europaweit gestärkt werden. | Sozialstaatlichkeit muss zu den Zielen und Werten der EU gehören und höchste Priorität bei der Umsetzung der EU-Politiken haben. In die Verträge muss eine "Soziale Fortschrittsklausel" aufgenommen

Textstelle (Originalquellen)

soziale und ökologische Nachhaltigkeit sowie den Erhalt und Ausbau öffentlicher Dienste und Güter sorgen? So wie in der EU der Wettbewerb kontrolliert wird, müssen auch die Einhaltung von sozialen Vorschriften EU-weit überprüft und Verstöße dagegen geahndet werden? Um Steuerdumping zu verhindern, sind eine Vereinheitlichung und breite Gestaltung der Bemessungsgrundlagen und hohe Mindeststeuersätze notwendig? DIE LINKE tritt für die Verankerung einer sozialen Fortschrittsklausel

- 5 Die Linke.: 1. Entwurf für ein Programm der Par..., 2010, S. 14

● 2% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

PlagiatService

Prüfbericht

34373

16.09.2013

28

ProfNet

Institut für Internet-Marketing



Textstelle (Prüfdokument) S. 50

Krisenländern eingeleitet werden. Dazu fordert DIE LINKE ein Investitionsprogramm, das vor allem auf Entwicklung im Bereich öffentlicher und sozialer Dienstleistungen und sozial-ökologische Konversion setzt. Der DGB hat dazu einen "Marshall-Plan für Europa" vorgeschlagen. Die Europäische Union muss zu einer tatsächlich demokratischen, sozialen, ökologischen und friedlichen Union umgestaltet werden. Die Vertragsgrundlagen der Europäischen Union sind dafür nicht geeignet. | Wir wollen eine Europäische Union, die Wohlstand und Wohlfahrt für alle fördert. DIE LINKE fordert gemeinsam mit den Gewerkschaften eine

Textstelle (Originalquellen)

die Lösung der globalen Herausforderungen? Gemeinsam mit anderen linken Parteien steht DIE LINKE für einen Politikwechsel in Europa? Wir wollen eine andere, eine bessere EU! Die Europäische Union muss zu einer tatsächlich demokratischen, sozialen, gerechten und zu einer Friedensunion werden? Die bisherigen Vertragsgrundlagen der EU, zusammengefasst im Lissabon-Vertrag von 2009, sind dafür nicht geeignet, weil sie die Durchsetzung der

- 5 Die Linke.: 1. Entwurf für ein Programm der Par..., 2010, S. 14

● 1% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

PlagiatService

Prüfbericht

34373

16.09.2013

29

ProfNet

Institut für Internet-Marketing



Textstelle (Prüfdokument) S. 51

werden auch Informationen erhoben zu: Kontakt- und Begleitpersonen, darunter bei Ermittlungen zusammengetragenes Material wie Videos und Fotos, aber auch "Lebensweisen" und "Gewohnheiten", Datenspuren aller digitalen und analogen Kommunikationsmittel, Stimmenprofil, Blutgruppe oder Gebiss. Auch die Speicherkategorien "rassische oder ethnische Herkunft, politische Meinungen, religiöse oder weltanschauliche Überzeugungen oder die Gewerkschaftszugehörigkeit" bestehen. | DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass die Grundrechte in Europa gestärkt werden: gegen Profiling und verdachtsunabhängige Datenspeicherung, für eine demokratische Kontrolle der Einhaltung der Grundrechte. Im europäischen Haftbefehl und der europäischen Ermittlungsanordnung muss das Recht auf anwaltliche Unterstützung und Übersetzung gesichert werden.

● 1% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

Textstelle (Originalquellen)

haben aber die Gerichte das letzte Wort. S E N S I B L E D A T E N Die Verarbeitung von sensiblen Daten unterliegt äußerst strengen Vorschriften. Zu den sensiblen Daten zählen Daten, aus denen die **rassische oder ethnische Herkunft, politische Meinungen, religiöse oder philosophische Überzeugungen** oder die Gewerkschaftszugehörigkeit hervorgehen, sowie Daten über die Gesundheit oder das Sexualleben. Generell dürfen derartige Daten nicht verarbeitet werden. Diese Bedingungen betreffen Fälle,

Zudem können Rollstuhlfahrerinnen und Rollstuhlfahrer die Bordtoiletten nur mit Bordrollstühlen erreichen, die jedoch nur in wenigen Flugzeugen vorgehalten werden. Das ist ein nicht hinnehmbarer Missstand. Die Linke setzt sich dafür ein, dass die Rechte der Fluggäste durch die Bundesregierung gestärkt und die Voraussetzungen zur Durchsetzung dieser Rechte auch geschaffen werden. Wir brauchen ein einheitliches, klares und freundliches Reiserecht

- 14 ;, 2012, S. #P9#den
- 15 ;: BT-PIPr 17 81 - Deutscher Bundestag, 2010, S. 17

PlagiatService

Prüfbericht

34373

16.09.2013

30

ProfNet

Institut für Internet-Marketing



Textstelle (Prüfdokument) S. 52

wirtschaftliche und soziale Ungerechtigkeit sowie die Konkurrenz um knappe Ressourcen führen zu Gewalt und Krieg. Große Teile der Weltbevölkerung leiden unter Armut und Hunger, Menschen sterben an behandelbaren Krankheiten, an mangelndem Zugang zu sauberem Trinkwasser. **Krieg darf kein Mittel der Politik sein.** Durch Kriege werden Menschen getötet, aber auch ihre Umwelt und Lebensräume zerstört. Um Krieg und Gewalt zu beenden und allen Menschen ein gutes Leben zu ermöglichen, müssen globale friedliche und kooperative Lösungen gefunden werden. Das

Textstelle (Originalquellen)

und noch so gute Vorschläge zunichtemachen können. Die Welt steht am Rande mehrerer Kriege, die sich zu Flächenbränden ausdehnen können. DIE LINKE sagt ganz klar: **Krieg darf kein Mittel der Politik sein.** Und DIE LINKE ist die einzige Partei in Deutschland, die jegliche Art von Krieg rigoros ablehnt. Die unter dem verharmlosenden Begriff "Lösung der Eurokrise" unvorstellbare

- 16 ;, Wahlprogramm - Die Linke. Niedersac..., 2012, S. 7

● 1% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

PlagiatService

Prüfbericht

34373

16.09.2013

31



ProfNet

Institut für Internet-Marketing

Textstelle (Prüfdokument) S. 52

andere Armeen ausbilden, die dann ihrerseits direkt oder indirekt in Kriegshandlungen involviert sind. | Wir wenden uns gegen einen zivilmilitärischen Europäischen Auswärtigen Dienst, die Beteiligung an Einsätzen im Rahmen der GASP und ESVP und lehnen eine **Beteiligung deutscher Soldaten an Einsätzen im Rahmen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) und der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) sowie** an EU-Battlegroups und EU-Interventionsstreitkräften ab. | Wir fordern die Beendigung der Beteiligung von Bundes- und Länderpolizeien an internationalen Polizeieinsätzen, die zur Unterstützung von Kriegen und autoritären Regimen dienen. | Der Umbau der Bundeswehr in

Textstelle (Originalquellen)

Westeuropäischen Union (WEU) zustimmte, die Rechte des Bundestages bei der Abänderung völkerrechtlicher Verträge verletzt habe. Das Gericht eröffnete 1994 einen weiten rechtlichen Spielraum für die **Beteiligung deutscher Soldaten an Einsätzen** im Rahmen kollektiver Sicherheitssysteme, führte aber zugleich mit dem bis dahin unbekanntem Instrument des Parlamentsvorbehalts eine Art geteilter Verantwortung zwischen Regierung und Bundestag für solche

ihre bilateralen Politik, d. h. im Verhältnis zu einzelnen Staaten, einer Reihe von Instrumenten und Formaten zur Beförderung ihrer menschenrechtspolitischen Anliegen. Sie handelt dabei entweder allein oder **im Rahmen** der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) der Europäischen Union im Verbund mit den EU-Partnern. Hierzu zählen in erster Linie die in verschiedenen Formen und

die EU-Strategie für den Westbalkan auch eine sicherheitspolitische Dimension, welche die politischen und wirtschaftlichen Maßnahmen ergänzt und stützt. Hierfür werden Instrumente aus dem Bereich **der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) und der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP)** angewandt, die einen wesentlichen Beitrag zur Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung vor Ort leisten. Zu diesen Instrumenten zählen vor allem die politische Vermittlung sowie seit 2003 die militärischen

hinreichenden, spezifisch auf die Bekämpfung des Terrorismus ausgerichteten rechtlichen Besitzstand" (Monar 2004: 150). So wurde zunächst die Gewährleistung der schnellstmöglichen Einsatzbereitschaft der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) **sowie** das Projekt der Herstellung eines gemeinsamen Rechtsraums ("Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts"; RSFR), von dem im Vertrag von Amsterdam das erste Mal

- 17 ; Deutsche Außenpolitik - Bundeszentr..., 2009, S. 12
- 18 ; Drucksache 17 11250 - Deutscher Bun..., 2012, S.
- 19 o.V.; ebook, 2011, S. 149
- 20 verschiedene, verschiedene: Die Außenbeziehungen der Europäisch..., 2010, S. 223

PlagiatService

Prüfbericht

34373

16.09.2013

32

● 2% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

Textstelle (Prüfdokument) S. 55

Zulieferer für deutsche Firmen. Das gilt für die Rohstoffe wie für die Produktion selbst, für die Baumwolle in T-Shirts wie für die Arbeitsbedingungen der Näherinnen und Näher. Das internationale Recht stärken und Menschenrechte für alle **DIE LINKE ist die Partei des Völkerrechts**. Wir sehen **in den Vereinten Nationen** das zentrale Organ **für die friedliche Verständigung zwischen den Staaten** und Gesellschaften. Das Gewaltverbot, wie es die UNO- Charta vorsieht, muss gestärkt werden. Auch die weltweite Achtung und Durchsetzung der Menschenrechte ist dem Gewaltverbot der UNO-Charta untergeordnet. Wir stellen uns gegen jeden Versuch, Menschenrechte

Textstelle (Originalquellen)

die Krisenbewältigung? Wer Kooperation erreichen will, muss das Völkerrecht und die Menschenrechte achten? Die zentrale Institution muss die UNO sein, ihre Beschlüsse müssen respektiert werden? **DIE LINKE ist die Partei des Völkerrechts** und der Durchsetzung des Gewaltverbots **in den** internationalen Beziehungen? 5.1. Entwicklung braucht Gerechtigkeit "Zum ersten Mal in der Geschichte der Menschheit ist der objektive Mangel besiegt,

unterstützt UN-Initiativen die das Ziel haben, diese zu verhindern. die **vereinten nationen** (un) Stärkung der Vereinten Nationen (UNO) Die Vereinten Nationen als wichtigste Institution **für die friedliche Verständigung zwischen den Staaten** der Erde bedürfen innerer Reformen, um für die neuen Herausforderungen gerüstet zu sein. Eine angemessene Beteiligung aller Kontinente am Sicherheitsrat ist dauerhaft sicherzustellen. Insbesondere sollen

- 2 Die Linke,; Wahlprogramm Bund 2009, 2009, S. 10
- 21 Piratenpartei,; Wahlprogramm Bund 2013, 2013, S. 137

● 2% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

PlagiatService

Prüfbericht

34373

16.09.2013

33

Textstelle (Prüfdokument) S. 55

und weltweit für alle Menschen gelten. Menschenrechte dürfen nicht als taktische Manövriermasse genutzt werden, um den Einsatz von Militär zu rechtfertigen - so wie es alle anderen Parteien tun. Die Bundesregierung verweigert bis heute die Unterzeichnung [des Zusatzprotokolls zum Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte](#), das Einzelpersonen bei Verletzung dieser Menschenrechte den Beschwerdeweg [bei den Vereinten Nationen](#) ermöglicht. [Wir wollen die Stärkung und Demokratisierung der Vereinten Nationen](#) erreichen. Die zivilen UN-Gremien müssen effizienter gestaltet, finanziell besser gestellt und politisch gestärkt werden. Wir lehnen die Militarisierung der UN ab. So sollten Fragen der globalen wirtschaftlichen Entwicklung in den Gremien der Vereinten Nationen

Textstelle (Originalquellen)

bürgerlichen, politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechte. Besonders sichtbar wird die Kohärenz des Handelns in der Bundesregierung auf VN-Ebene, beispielsweise im Rahmen der Verabschiedung [des Zusatzprotokolls zum Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte](#) (Sozialpakt) und der Aktivitäten zur Förderung des Menschenrechts auf Wasser auf internationaler Ebene und in Vorhaben der deutschen Entwicklungszusammenarbeit. [Bei den internationalen Finanzinstitutionen](#) setzt sich

vom Ziel der Gewaltfreiheit zu verabschieden. Unsere Priorität ist eindeutig: [Wir wollen](#) die internationalen Beziehungen zivilisieren und setzen vorrangig auf den Ausbau der Krisenprävention und [die Stärkung und Demokratisierung der Vereinten Nationen](#). Ökologie, Selbstbestimmung, Demokratie und Gerechtigkeit gelten für uns auch international. Menschenrechte und Gewaltfreiheit folgen aus unseren Grundwerten. Deshalb lassen wir uns von den Grundprinzipien der

- 22 .: 17 2840 - Deutscher Bundestag, 2010, S.
- 23 Bündnis 90/Die Grünen,: Bündnis 90 Die Grünen: Wahlprogramm..., 2002, S. 78

● 2% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

PlagiatService

Prüfbericht

34373

16.09.2013

34

Textstelle (Prüfdokument) S. 56

LINKE setzt sich dafür ein, alle unbemannten Kampfsysteme (bewaffnete Drohnen und Kampfroborer) im Rahmen einer internationalen Konvention (nach dem Vorbild des Streumunitionsoder des Biowaffenverbots) international zu ächten. Wir fordern die Auflösung der NATO. Sie soll durch ein kollektives Sicherheitssystem unter Beteiligung Russlands ersetzt werden, das Abrüstung als ein zentrales Ziel hat. Unabhängig von einer Entscheidung über den Verbleib Deutschlands in der NATO wird DIE LINKE dafür eintreten, dass Deutschland aus den militärischen Strukturen des Militärbündnisses austritt.
DIE

Textstelle (Originalquellen)

zivilen Friedensdienst ausbauen; n sofort auf die Pläne zur militärischen Nutzung der Kyritz-Ruppiner Heide als Bombodrom verzichten: Kein Bombodrom nirgendwo!; n die NATO auflösen und ersetzen durch ein kollektives Sicherheitssystem unter Beteiligung Russlands: die Errichtung des "Raketenabwehrschildes" in Polen und Tschechien verhindern; die zivilen Partnerschaftsund Kooperationsabkommen zwischen EU und Russland ausbauen; die Östliche Partnerschaft mit Staaten aus der

- 2 Die Linke.: Wahlprogramm Bund 2009, 2009, S. 10

● 1% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

PlagiatService

Prüfbericht

34373

16.09.2013

35

ProfNet

Institut für Internet-Marketing



Textstelle (Prüfdokument) S. 56

Abrüstung als ein zentrales Ziel hat. Unabhängig von einer Entscheidung über den Verbleib Deutschlands in der NATO wird DIE LINKE dafür eintreten, dass Deutschland aus den militärischen Strukturen des Militärbündnisses austritt. DIE LINKE **wird sich nicht an einer Regierung beteiligen, die Kriege führt und Kampfeinsätze der Bundeswehr im Ausland zulässt. IV. Die** Gesellschaft sozial, ökologisch und barrierefrei umbauen und die Wirtschaft demokratisieren Soziale Gerechtigkeit, ökologisches Wirtschaften, Barrierefreiheit und ein gutes Leben sind miteinander verbunden: Alternative Produktion und Konsumtion werden sich nur dann in der ganzen Gesellschaft durchsetzen,

Textstelle (Originalquellen)

Menschen erreichen können? Sie **wird sich** an keiner Regierung beteiligen, die Privatisierungen vornimmt, Sozial- oder Arbeitsplatzabbau betreibt? Darüber hinaus wird sich DIE LINKE auf Bundesebene **nicht an einer Regierung beteiligen, die Kriege führt und Kampfeinsätze der Bundeswehr im Ausland zulässt, die** Aufrüstung und Militarisierung vorantreibt? Notwendige Bedingungen sind weiterhin die Durchsetzung des gesetzlichen Mindestlohns und der Kampf gegen Lohndumping und untertarifliche Bezahlung? DIE LINKE ver langt

- 5 Die Linke.: 1. Entwurf für ein Programm der Par..., 2010, S. 14

● 2% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

PlagiatService

Prüfbericht

34373

16.09.2013

36

ProfNet

Institut für Internet-Marketing



Textstelle (Prüfdokument) S. 58

und die Tarifbindungen der Unternehmen erhöht werden. | Der Solidarakt II ist ein Eckpfeiler für die Entwicklung der ostdeutschen Bundesländer und darf nicht angetastet werden. Bereits jetzt muss über mögliche Mechanismen und Instrumente einer Anschlussförderung auch nach 2019 für **strukturschwache Regionen in Ost und West** intensiv nachgedacht werden. Für die Krisenregionen in Ost und West setzen wir uns für einen Solidarakt III ein. | Im Zuge des sozial-ökologischen Umbaus ist die "**Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur**" als wichtiges Wirtschaftsförderinstrument langfristig zu sichern. Vorrangig soll in Zukunftsbranchen und Zukunftstechnologien investiert werden. Dies gilt ebenso für die Innovationsprogramme für den ostdeutschen Mittelstand. Insgesamt muss umfangreicher in Wissenschaft und Forschung investiert werden, um so

Textstelle (Originalquellen)

regionaler Wirtschaftskreisläufe als auch zur beschleunigten Entwicklung und Einführung von Hochtechnologien für den überregionalen Absatz von Produkten mit hoher Wertschöpfung führen. III. Ein Neuanatz für Ostdeutschland, für **strukturschwache Regionen in Ost und West** Wenn einer Region die Menschen weglaufen, verliert sie ihre Zukunft. Seit 1996 wächst der Abstand in der wirtschaftlichen Entwicklung zwischen West und Ost wieder. Trotz riesiger

in den ländlich geprägten Regionen erheblich dazu bei, Arbeitsplätze in der Landwirtschaft und in landwirtschaftsnahen Bereichen zu sichern oder neu zu schaffen. Neben der GAK ist die **Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur"** (GRW) das entfallenden EU-Mittel in den neuen Ländern einzusetzen zweite wichtige Standbein zur Unterstützung der ländlichen Regionen in Ostdeutschland. A b b i l d u n g 4 Mittelverteilung in der GAK in den

- 24 Die Linke.: Wahlprogramm Bund 2005, 2005, S. 17
- 25 .: Jahresbericht der Bundesregierung z..., 2007, S.
- 25 .: Jahresbericht der Bundesregierung z..., 2007, S.

● 1% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

PlagiatService
Prüfbericht

34373

16.09.2013

37

Textstelle (Prüfdokument) S. 59

die regionale Wirtschaftskreisläufe fördert. Nur so können "gleichwertige Lebensverhältnisse" mit einer erweiterten demokratischen Mitbestimmung und Teilhabe verbunden werden. | Wir wollen die **Regionalplanung demokratisieren, die Rolle von Gewerkschaften, Verbänden, Vereinen und anderen zivilgesellschaftlichen Akteuren** beim Umbau **stärken, regionale Leitbilder entwickeln und gesellschaftlich verankern**, um **Modellregionen des sozial-ökologischen Umbaus** zu schaffen. | Netzwerke zwischen regionalen Hochschulen, Gewerkschaften, kleinen und mittleren Unternehmen sowie Genossenschaften wollen wir fördern. Ein Modell könnten regionale Struktur- und Wirtschaftsräte sein, wie sie in gewerkschaftlichen Diskussionen

Textstelle (Originalquellen)

bis 2019 sichern und im Rahmen regionaler Leitbilder gezielt einsetzen; n **Regionalplanung demokratisieren: die Rolle von Verbänden, Vereinen, anderen zivilgesellschaftlichen Akteuren**, Bürgerinnen und Bürgern in der Regionalplanung **stärken; regionale Leitbilder entwickeln und gesellschaftlich verankern; Modellregionen des sozial-ökologischen Umbaus** gestalten; n das öffentliche Bildungswesen erhalten, ausbauen und modernisieren und längeres gemeinsames Lernen organisieren; n die "Ausstattungsvorsprünge" Ostdeutschlands bei der frühkindlichen Betreuung,

- 2 Die Linke.: Wahlprogramm Bund 2009, 2009, S. 10

● 1% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

PlagiatService

Prüfbericht

34373

16.09.2013

38

ProfNet

Institut für Internet-Marketing



Textstelle (Prüfdokument) S. 61

Die Ausgaben sind durch unsere erweiterten Einnahmen gedeckt. 60 Grundsätzlich sind staatliche Fördermaßnahmen von zinsverbilligten Krediten bis zur Forschungsförderung an Kriterien für den sozial-ökologischen Umbau und gute Arbeit zu binden. An diesen Kriterien hat sich auch die Vergabe von öffentlichen Aufträgen auszurichten. Staatliche Krisenhilfen dürfen nur im Tausch gegen entsprechende Eigentumsanteile und Entscheidungsrechte für die öffentliche Hand und die Belegschaften vergeben werden. In keinem anderen Industrieland ist die Dienstleistungsarbeit im Verhältnis zur Industriearbeit so schlecht bezahlt wie in Deutschland. Wir wollen das ändern! Besonders personennahe Dienstleistungen müssen aufgewertet

Textstelle (Originalquellen)

Bundesregierung beziffert den Finanzbedarf für "BundOnline 2005" auf 1,65 (plus/minus 0,2) Mrd. Euro in den Jahren 2002 bis 2005 (BMI 2001, S. 7). Am Ziel einer Modernisierung des Regierungs- und Verwaltungshandelns soll sich auch die Vergabe von öffentlichen Aufträgen orientieren. Beabsichtigt ist, diese verstärkt über das Internet abzuwickeln. Einsparungen in Milliardenhöhe werden erwartet. Damit ist der Bereich der öffentlichen Beschaffung derjenige, der in Bezug

nicht insolvenzgefährdet sind? Es geht jetzt darum, die ständige Enteignung der Lohnabhängigen durch Arbeitsplatzverlust, Kurzarbeit und Lohndumping umzukehren? DIE LINKE fordert deshalb, dass staatliche Hilfen nur im Tausch gegen entsprechende Eigentumsanteile und Entscheidungsrechte der öffentlichen Hand und Belegschaften vergeben werden; die Großgläubiger müssen benannt werden? Nicht zuletzt brauchen wir eine neue internationale Wirtschaftspolitik? Dass Spekulanten die Handels- und

- 26 .: TA-Projekt. E-Commerce, 2002, S. 332
- 2 Die Linke.: Wahlprogramm Bund 2009, 2009, S. 10

● 2% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

PlagiatService

Prüfbericht

34373

16.09.2013

39

Textstelle (Prüfdokument) S. 61

Gerade Schulen, Behörden und andere öffentliche Gebäude, aber auch Mehrfamilienhäuser können so ihre Energieerzeugung modernisieren. Umweltfreundliche und attraktive Verkehrsträger und -konzepte sollen Vorrang vor dem Ausbau von Straßen, Flughäfen und Schnellbahnverbindungen haben. Dies erfordert eine **dauerhafte Aufstockung der Investitionsmittel für die Schiene** und eine Erhöhung der Regionalisierungsmittel. Bereiche innerhalb der Wirtschaft, die der Daseinsvorsorge dienen - wie große Energieerzeugungsanlagen, Energienetze, Wasser und Abwasser sowie strategische Dienstleistungen wie Bildung, Gesundheit, Banken, Verkehr oder Wohnungswirtschaft - gehören in öffentliche oder genossenschaftliche

Textstelle (Originalquellen)

auf den Stand der Technik und Wissenschaft anheben; Verbot des grenzüberschreitenden Exports von Abfällen; n umweltgerechte und barrierefreie Mobilität für alle: massiver Ausbau des öffentlichen Verkehrs; **dauerhafte Aufstockung der Investitionsmittel für die Schiene** auf mindestens 2,5 Milliarden Euro pro Jahr; Regionalisierungsmittel erhöhen; Personenfernverkehr auf der Schiene durch ein Fernverkehrs-Gesetz sichern und ausweiten; Mehrwertsteuer für den Schienenpersonenfernverkehr auf den

- 2 Die Linke.: Wahlprogramm Bund 2009, 2009, S. 10

● 1% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

PlagiatService

Prüfbericht

34373

16.09.2013

40

ProfNet

Institut für Internet-Marketing



Textstelle (Prüfdokument) S. 62

Folgen sind integraler Bestandteil der Entwicklung von Verfahren, Technologien, Materialien und Produkten. Wirtschaft demokratisieren: von der Mitbestimmung zur Selbstbestimmung Demokratie darf nicht an der Bürotür, am Werkstor oder dem Eingang zum Krankenhaus enden. Wir treten für eine neue Wirtschafts- und Sozialordnung ein, in der Demokratie auf Wirtschaft ausgedehnt wird, statt sie den Anforderungen von Märkten und Konkurrenz unterzuordnen. Dazu gehören - wie beschrieben der Finanzsektor unter demokratischer Kontrolle und eine Regulierung der Finanzmärkte. Auch auf betrieblicher Ebene muss die Sozialbindung des Eigentums gesichert werden. Die Mitbestimmung der Beschäftigten auf Unternehmensebene in Aufsichts- und Verwaltungsräten muss erhalten und unter Berücksichtigung von wirtschaftlichen Strukturveränderungen weiterentwickelt werden. | Der Geltungsbereich der Gesetze über die Mitbestimmung der Beschäftigten in den Aufsichtsräten größerer Kapitalgesellschaften muss

● 2% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

Textstelle (Originalquellen)

durchsetzen kann? Die gewählten Repräsentantinnen und Repräsentanten des Volkes müssen den Unternehmen die Ziele des Wirtschaftens und einen klar definierten Rahmen vorgeben? Deshalb treten wir für eine neue Wirtschafts- und Sozialordnung ein? Als erster Schritt muss der Finanzsektor unter demokratische Kontrolle gestellt werden? Sparkassen und Genossenschaftsbanken beweisen, dass Banken in den Dienst der Gesellschaft gestellt werden können?

Thema

Wirtschaftsdemokratie gehört auf die Tagesordnung? Wer den Unternehmerinnen und Unternehmern und den Finanzfonds freie Hand lässt, verhindert Demokratie? Genau dies erleben wir jetzt täglich? Auch auf betrieblicher Ebene muss die Sozialbindung des Eigentums gesichert werden? In den vergangenen Jahren wurde die wachsende Unterordnung des Betriebsvermögens unter die Interessen der Investmentfonds gefeiert? Diese Fonds sind an der langfristigen Unternehmensentwicklung nicht interessiert?

- 2 Die Linke.: Wahlprogramm Bund 2009, 2009, S. 10
- 2 Die Linke.: Wahlprogramm Bund 2009, 2009, S. 10

PlagiatService

Prüfbericht

34373

16.09.2013

41

Textstelle (Prüfdokument) S. 67

Perspektivisch wollen wir einen fahrscheinlosen öffentlichen Nahverkehr. Erfahrungen zeigen, dass er von immer mehr Menschen genutzt wird, wenn er entgeltfrei und steuerfinanziert ist. | Zusammen mit sozialen Initiativen streiten wir für die flächendeckende Einführung von Sozialtarifen und einer Sozial-Bahncard für einkommensschwache Haushalte. | Im ländlichen Raum wollen wir ein flexibles Angebot wie Bürgerbusse oder kostengünstige Anruf-Sammeltaxis, um das Leben dort attraktiver zu machen. | Gemeinsam mit sozialen Initiativen wie "Bahn für alle" setzen wir uns gegen die Privatisierung

Textstelle (Originalquellen)

der Schiene durch ein Fernverkehrs-Gesetz sichern und ausweiten; Mehrwertsteuer für den Schienenpersonenfernverkehr auf den ermäßigten Satz von sieben Prozent senken; flächendeckende Einführung von Sozialtickets und einer Sozial-Bahncard für einkommensschwache Haushalte; Fahrradmitnahme in ICE-Zügen; Tempolimit von 120 Stundenkilometern auf Autobahnen; Rücknahme der bürgerfeindlichen Beschleunigungsgesetze für die Verkehrswegeplanung; Reform der Bundesverkehrswegeplanung; keine neuen Autobahnprojekte, keine Privatisierung des

- 2 Die Linke.: Wahlprogramm Bund 2009, 2009, S. 10

● 1% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

PlagiatService

Prüfbericht

34373

16.09.2013

42

ProfNet

Institut für Internet-Marketing



Textstelle (Prüfdokument) S. 68

Entscheidend ist aber, dass der ökologische Fußabdruck im global zulässigen Rahmen bleibt, perspektivisch also nicht mehr als 1,5 t CO₂ pro Kopf und Jahr verursacht. Wie er entsteht, ist der individuellen Freiheit überlassen. Es kommt darauf an, **die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass** ein ressourcenleichtes und entschleunigtes Leben mit mehr Zeitwohlstand für alle attraktiv und machbar wird. Umweltgerecht hergestellte gesunde Lebensmittel und andere Produkte müssen für alle finanzierbar und regional verfügbar sein. Erst eine erweiterte soziale Sicherheit ermöglicht

Textstelle (Originalquellen)

Deshalb möchte ich hier noch einmal sehr deutlich machen: Familienpolitik hat eine eigenständige Bedeutung. Sie findet ihren Auftrag in Artikel 6 des Grundgesetzes. Familienpolitik hat **die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass** Menschen ein Leben in und mit Familie nach ihren Vorstellungen gestalten können. Die Entscheidung über Zeitpunkt der Geburt und die Zahl von Kindern liegt allein

- 27 ;: Materialienband 108 (PDF, 4MB, Date..., 2004, S. 7

● 1% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

PlagiatService

Prüfbericht

34373

16.09.2013

43

ProfNet

Institut für Internet-Marketing



Textstelle (Prüfdokument) S. 69

der Einleitung von kaliumbelasteten Abwässern in die Werra und andere Vorfluter. Der Schutz der Luft vor der Verunreinigung mit Feinstaub kann nicht allein den Kommunen (z. B. durch die Ausweisung von Umweltzonen) überlassen bleiben, sondern muss u. a. durch [die Verlagerung von Güterverkehr auf die Schiene](#) unterstützt werden. Die Belastung der Luft mit Emissionen von Feinstaub, Mikroorganismen und Geruchsstoffen aus Tierhaltungen ist durch schärfere verbindliche Vorschriften zur Luftfiltration und die Begrenzung der Größenordnung der Anlagen sowie strengere Abstandsregelungen zu senken. [Die Umsetzung der nationalen Strategie zur biologischen Vielfalt](#) und der Verpflichtungen für die europäischen Natura-2000- Schutzgebiete (FFH- und Vogelschutzgebiete) durch Bund, Länder, Kommunen, Unternehmen und Verbände ist unzureichend und muss verstärkt angegangen werden. So sollte beispielsweise das Ziel der Strategie,

Textstelle (Originalquellen)

zur Verfügung stehen werden. Diese sind die Terminals Wolfurt, Wörgl, Wels und Wien Inzersdorf, 390 Millionen Euro werden dafür investiert. Zusätzlich fördert das BMVIT Anschlussbahnen, um [die Verlagerung von Güterverkehr auf die Schiene](#) zu unterstützen. Unternehmen, die für ihren Betrieb einen Bahnanschluss errichten, können eine Förderung für die Infrastrukturinvestition beantragen. Insgesamt wurden zwischen 2007 und 2011 Förderungen in einem Ausmaß

biologische Vielfalt und seiner Verantwortung zur Bewahrung des nationalen Naturerbes, wie zum Beispiel seiner Buchenwälder, nachkommt. Auch die Bundesregierung vertrat 2010 die Auffassung, dass die Waldstrategie 2020 die Umsetzung der nationalen Strategie zur biologischen Vielfalt unterstützen werde und mit dieser vereinbar sei (Deutscher Bundestag 2010, S. 3). Diese Erwartungen erfüllt die Waldstrategie 2020 aus Sicht des SRU

um das Ziel bis 2020 zu erreichen, den Verlust der biologischen Vielfalt gänzlich zu stoppen (siehe unter 2.g und h). Erste Erfolge werden aber ebenfalls sichtbar. c) Stand und [Umsetzung](#) der Nationalen Strategie zur biologischen Vielfalt Die Nationale Strategie zur biologischen Vielfalt setzt die Verpflichtungen des VN-Übereinkommens über die biologische Vielfalt (CBD) um. Sie

deren weiteren Rückgang zu stoppen, sorgen wir künftig wirksamer für die angemessenen personellen und finanziellen Ressourcen im Naturschutz. Die Naturschutzstrategie werden wir auf der Basis [der Nationalen Strategie zur biologischen Vielfalt](#) und im Dialog mit den Verbänden weiterentwickeln und mit konkreten Zeit- und Maßnahmenplänen umsetzen. Wir werden die Umsetzung der Natura-2000-Richtlinie beschleunigen. Den flächendeckend einzurichtenden Landschaftserhaltungsverbänden

Die bisherige Behinderung von Windkraftanlagen im Staatswald werden wir beenden, so dass auch dort geeignete Standorte

- 28 ;: download - Verkehr, 2012, S. 15
- 29 verschiedene, verschiedene: Umweltgutachten 2012. Verantwortung..., 2012, S. 359
- 30 ;: Fortschrittsbericht 2012 - Bundesre..., 2011, S. 198
- 31 ;: Koalitionsvertrag - BÜNDNIS 90 DIE ..., 2012, S.

● 2% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

PlagiatService
Prüfbericht

34373

16.09.2013

44

Textstelle (Prüfdokument) S. 69

zehn Prozent der öffentlichen Wälder aus der Nutzung zu nehmen, zügig umgesetzt werden. In Natura-2000-Gebieten dürfen Nutzungen, die das Schutzgut verschlechtern, nicht weiter erlaubt sein, etwa Grundschieppnetzerei in Meeresschutzgebieten oder die Einbringung fremder Arten in Waldschutzgebieten. Insbesondere die Verwaltungen der Bundesstraßen und

Textstelle (Originalquellen)

ausgewiesen werden können. Wir werden gemäß der nationalen Biodiversitätsstrategie **zehn Prozent der öffentlichen Wälder aus der Nutzung** nehmen und im Waldbau im Grundsatz auf flächige Kahlliebe verzichten. Die Landesbauordnung und deren Durchführungsbestimmungen werden wir hinsichtlich der Klima schonenden Verwendung von Holz überprüfen

- 31 ; Koalitionsvertrag - BÜNDNIS 90 DIE ..., 2012, S.

● 2% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

PlagiatService

Prüfbericht

34373

16.09.2013

45

ProfNet

Institut für Internet-Marketing



Textstelle (Prüfdokument) S. 72

auch in der Tourismus-Branche gesichert sein. Wir wollen verhindern, dass die Immobilienpreise in touristischen Schwerpunkten weiter explodieren. Der Bau von Zweitwohnungen in diesen Regionen muss begrenzt werden. Der Tourismus ist ein wichtiger Wirtschaftsfaktor, welcher **vor allem von Klein- und mittelständischen Unternehmen geprägt ist und** immer noch zu den Bereichen mit sehr vielen prekären Arbeitsverhältnissen und unterdurchschnittlichen Löhnen gehört. Indem er einen wesentlichen Beitrag zum Bruttoinlandsprodukt erbringt, eine Vielzahl von Arbeits- und Ausbildungsplätzen bietet, die kulturelle Infrastruktur

● **1%** Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

Textstelle (Originalquellen)

Bedeutung von Forschungs- und Innovationsaktivitäten für deutsche Medizintechnikunternehmen steigt darüber hinaus noch weiter an, weil die deutsche Medizintechnikindustrie im Vergleich zu der US-amerikanischen Medizintechnikindustrie **vor allem von klein- und mittelständischen Unternehmen (KMU) geprägt ist, und** sich der Medizintechnikstandort Deutschland im internationalen Vergleich durch vergleichsweise hohe Arbeits- bzw. Humankapitalkosten auszeichnet. Aus Sicht der deutschen Medizintechnikindustrie sind daher

- 32 ;: Medizinisch-technischer Fortschritt..., 2008, S. 286

PlagiatService

Prüfbericht

34373

16.09.2013

46

ProfNet

Institut für Internet-Marketing



Textstelle (Prüfdokument) S. 73

stehen, von der Wahl ausgeschlossen werden. Die Wahl mittels Wahlcomputer lehnen wir ab. | Die Barrierefreiheit von Wahllokalen und Wahlvorgängen ist längst überfällig und muss gewährleistet werden. Das selbstverständliche Recht zu wählen ist - unabhängig vom Gesundheitsstatus - **für Menschen mit und ohne Behinderungen zu** wahren. | Wir wollen, dass endlich auch auf Bundesebene Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheide mit niedrigen Zugangshürden sowie bürgerfreundlichen Abstimmungsbedingungen (Straßensammlung, Briefwahl u.a.) stattfinden können. Bei Volksabstimmungen soll es keine Themenausschlüsse geben, lediglich die im Grundgesetz garantierten Grundrechte

Textstelle (Originalquellen)

Grundsatz in der Politik für Menschen mit Behinderungen ist die Beteiligung der Betroffenen als Experten in eigener Sache bei allen Entscheidungen. Ziel ist, alle Lebensbereiche **für Menschen mit und ohne Behinderungen zu** gestalten. Voraussetzung hierfür ist Barrierefreiheit in allen Bereichen von Schule über Ausbildung bis zum Beruf sowie von Verkehr über Medien und Kommunikationstechnik bis hin zum

- 33 CDU/CSU,: Wahlprogramm Bund 2009, 2009, S. 57

● 1% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

PlagiatService

Prüfbericht

34373

16.09.2013

47

ProfNet

Institut für Internet-Marketing



Textstelle (Prüfdokument) S. 76

es in den 90er Jahren die Innenminister Schäuble und Kanther, die mit ihrer "Das-Boot-ist-voll"-Rhetorik neofaschistische Gewalt begünstigten, sind es heute Bundesinnenminister Friedrich und etliche Länderminister, die gegen Roma und Flüchtlinge hetzen. [Seit den Terroranschlägen vom 11. September 2001 in den USA](#) stehen Menschen muslimischen Glaubens oftmals unter dem Generalverdacht terroristischer Umtriebe, was zu struktureller Islamfeindlichkeit führt. Wir suchen den Dialog mit muslimischen und jüdischen Gemeinden und Vereinen und stellen uns gemeinsam gegen antimuslimischen Rassismus und Antisemitismus.

Textstelle (Originalquellen)

und seine Unterdrückung der Frau. Diese mediale Vermittlung von Stereotypen nimmt bei dem Konstruktionsprozess des Fremden eine wesentliche Rolle ein. Insbesondere der "gefährliche Fremde" hat [seit](#) den Terroranschlägen vom 11. September 2001 in den Medien Konjunktur. Inwieweit durch die Fokussierung bestimmter Themen Ängste auf Seiten der Bevölkerung geschürt und fremdenfeindliche Haltungen verstärkt werden,

der Bewährung : die Rezeption der Europäischen Menschenrechtskonvention in Frankreich und Deutschland im Vergleich, Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges., 2005, S. 223-243, ISBN: 3-8329-1269-X INHALT: Die EU hat sich nach [den Terroranschlägen vom 11. September 2001 in den USA](#) zunehmend zu einem eigenständigen Akteur im Bereich der Terrorismusbekämpfung entwickelt, eine Entwicklung, die durch die Bombenanschläge in Madrid am 11. März 2004 noch weiter vorangetrieben worden ist.

- 34 ;: Migranten in der öffentlichen Wahrn..., 2008, S. 217
- 35 ;: Herausforderung Terrorismus Politik..., 2008, S. 85

● 1% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

PlagiatService

Prüfbericht

34373

16.09.2013

48

Textstelle (Prüfdokument) S. 77

das der übrigen Bevölkerung. Diese Diskriminierung liegt an der unsozialen und ausgrenzenden Politik der bisherigen Bundesregierungen. DIE LINKE lehnt eine Migrations- und Integrationspolitik ab, die Rechte danach vergibt, ob Menschen als "nützlich" fürs Kapital gelten: **Quoten, Kontingente und Punktesysteme sind Instrumente einer** neokolonialen, **selektiven Einwanderungspolitik**. **Wir** brauchen keine Verschärfungen des Aufenthaltsrechts und rassistische Debatten über angebliche Integrationsverweigerer. DIE LINKE fordert: Alle hier geborenen Kinder und Jugendlichen sollen ein Recht auf die deutsche Staatsbürgerschaft haben - ohne die Staatsbürgerschaft

● 1% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

Textstelle (Originalquellen)

Unterstützung eines Integrationshelfers müssen das Ziel sein? Deutschland ist ein Einwanderungsland? Diese Erkenntnis wird häufig nur unter dem Aspekt der Nützlichkeit für den Arbeitsmarkt akzeptiert? **Quoten, Kontingente und Punktesysteme sind Instrumente einer** menschenverachtenden, **selektiven Einwanderungspolitik**? **Wir** wollen die Rechte und Chancen der Migrantinnen und Migranten stärken? Der Familiennachzug muss sowohl Kindern als auch gleich- und andersgeschlechtlichen Lebenspartnerinnen

- 2 Die Linke.: Wahlprogramm Bund 2009, 2009, S. 10

PlagiatService

Prüfbericht

34373

16.09.2013

49

ProfNet

Institut für Internet-Marketing



Textstelle (Prüfdokument) S. 78

seit Jahrhunderten in Deutschland beheimatet sind, müssen die Maßstäbe der europäischen Minderheitenabkommen umfassend zur Geltung gebracht werden. Die Bundesrepublik muss endlich die notwendigen Schlussfolgerungen aus der wiederholten Kritik des Europarats ziehen. Notwendig sind strukturelle Veränderungen. [Institutionen und Projekte zum Erhalt, zur Pflege und zur Entwicklung der](#) anerkannten Minderheitensprachen und -kulturen sind durch den Bund und die Länder mit den [Mitteln auszustatten, die den](#) gewachsenen Aufgaben in den Bereichen Bildung, Wissenschaft sowie Basis- und [Hochkultur entsprechen](#). Medien in den Minderheitensprachen müssen weiterhin

Textstelle (Originalquellen)

Kommunen entsprechende Verpflichtungen verbindlich eingehen. Öffentliche Kulturförderung sollte durch privates und wirtschaftliches Engagement ergänzt (nicht ersetzt) werden. Wir sehen das Land in der Pflicht, die [Institutionen und Projekte zum Erhalt, zur Pflege und zur Entwicklung der](#) sorbischen Sprache und Kultur mit jenen [Mitteln auszustatten, die den](#) notwendigen Aufgaben sowohl im Bereich der Basiskultur als auch der [Hochkultur entsprechen](#). Eine Schließung sorbischer

- 36 ;, Wahlprogramm - Brandenburg - DIE LI..., 2009, S.

● 1% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

PlagiatService

Prüfbericht

34373

16.09.2013

50

Textstelle (Prüfdokument) S. 78

Minderheitensprachen und -kulturen sind durch den Bund **und die** Länder mit den Mitteln auszustatten, die den gewachsenen Aufgaben in den Bereichen Bildung, Wissenschaft sowie Basis- und Hochkultur entsprechen. Medien in den Minderheitensprachen müssen weiterhin ihren **Beitrag zum Erhalt und zur Weiterentwicklung der Sprachen leisten** können. **Die unwürdigen öffentlichen Diskussionen über die Höhe der finanziellen Ausstattung der** Minderheitenpolitik **müssen der Vergangenheit angehören**. Es muss Schluss damit sein, dass die Minderheiten ihre verbrieften Ansprüche immer wieder aus einer "Bittsteller-Rolle" heraus einfordern müssen; die Rechte ihrer demokratisch legitimierten Gremien gegenüber staatlichen und kommunalen

Textstelle (Originalquellen)

Teil seit mehr als 50 Jahren bestehen, ist nicht hinnehmbar. Die sorbischen Medien, insbesondere der DOMOWINA-Verlag **und die** Zeitungen, müssen auch in Zukunft einen wichtigen **Beitrag zum Erhalt und zur Weiterentwicklung der** beiden sorbischen **Sprachen leisten**. Die in Brandenburg lebenden Sinti und Roma sind entsprechend den europäischen Minderheitenabkommen angemessen zu fördern. Gleiches gilt für das vor allem

Fragen regeln will, die das sorbische (wendische) Volk unmittelbar berühren. Personalentscheidungen an sorbischen (wendischen) Bildungseinrichtungen sollten künftig nur im Einvernehmen mit dem Rat getroffen werden. **Die unwürdigen öffentlichen Diskussionen über die Höhe der finanziellen Ausstattung der** Stiftung für das sorbische Volk **müssen der Vergangenheit angehören** die Bundesrepublik sowie die Länder Brandenburg und Sachsen stehen gerade wegen des staatlichen Unrechts, das Sorben (

- 36 ; Wahlprogramm - Brandenburg - DIE LI..., 2009, S.
- 36 ; Wahlprogramm - Brandenburg - DIE LI..., 2009, S.

● 5% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

PlagiatService
Prüfbericht

34373

16.09.2013

51

Textstelle (Prüfdokument) S. 79

Heimen und die Diskriminierung in vielfältigen Lebenslagen. Alle Menschen müssen mit ihren Möglichkeiten als vollwertige Bürgerinnen und Bürger gewürdigt und gefördert, dürfen nicht auf Menschen mit Mängeln reduziert und bevormundet werden - so gibt es die [UN-Konvention für die Rechte von Menschen mit Behinderungen](#) vor, und das ist Grundlage LINKER Politik. Das erfordert ein neues Denken und Handeln bei politisch Verantwortlichen, Bürgerinnen und Bürgern sowie Betroffenen selbst. Dieses wollen wir gemeinsam mit Betroffenen und Verbänden weiter voranbringen: von einem

Textstelle (Originalquellen)

ierte Regelbeschulung der Kinder vorhanden. Deshalb werden auch heute noch zahlreiche Kinder gegen den ausdrücklichen Willen ihrer Eltern auf die Sonderschule überwiesen. Mit Inkraft-Treten der [UN-Konvention für die Rechte von Menschen mit Behinderung](#) von 2009 werden Bund und Länder das Recht jedes Kindes mit einer Behinderung auf inklusive Bildung gewährleisten müssen 123 TEIL S - GRUNDLAGEN PÄDAGOGISCHER PRAXIS GEGEN

durch die deutsche Expertin Prof. Dr. Theresia Degener verstärkt wird. Deutschland setzte sich im Berichtszeitraum auch im VN-Menschenrechtsrat für die Rechte von Menschen mit [Behinderungen](#) ein und unterstützte eine im März 2011 verabschiedete Resolution zur Verstärkung der internationalen Zusammenarbeit in diesem Bereich (A/HRC/RES/16/15). Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (

- 37 o.V.,: ebook, 2010, S. 123
- 18 ;: Drucksache 17 11250 - Deutscher Bun..., 2012, S.

PlagiatService

Prüfbericht

34373

16.09.2013

52

● 1% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit



ProfNet

Institut für Internet-Marketing

Textstelle (Prüfdokument) S. 79

Behindertenkonvention soll unter tatsächlicher Beteiligung der Betroffenen und ihrer Interessenvertretungen fortgeschrieben und konkretisiert werden. Nachprüfbar Zielvorgaben, Umsetzungsfristen und eine ausreichende Finanzierung sind unumgänglich - Menschenrechte dürfen nicht unter Kostenvorbehalt gestellt werden. Wir setzen uns für die **Unterstützung von Menschen mit Behinderungen und ihren** Interessenvertretungen ein. Das beinhaltet z. B. die Förderung unabhängiger Beratung, die Unterstützung von Betroffenenverbänden und die **Stärkung der Rechte von Betriebs- und Personalräten**, Schwerbehindertenvertretungen sowie Werkstatträten und Frauenbeauftragten in Behinderteneinrichtungen. | Bestehende **bauliche und kommunikative Barrieren müssen beseitigt werden**. Hierfür wollen wir ein Sonderinvestitionsprogramm von jährlich einer Milliarde Euro in einem Zeitraum von fünf Jahren auflegen. Öffentliche Investitionen und Fördergelder sollen zukünftig auch an das Kriterium der Barrierefreiheit gebunden werden. | Barrierefreie Mobilität ist gut

Textstelle (Originalquellen)

ist, durch den das gesamte Spektrum der Hilfen abgedeckt ist. Kooperation und Koordination der Hilfen Es ist in der Behindertenhilfe nicht selbstverständlich, dass die professionelle **Unterstützung von Menschen mit Behinderungen und ihren** Angehörigen durch ein planmäßiges Zusammenwirken aller Beteiligten erfolgt. Auch das System der Offenen Hilfen besteht häufig nur aus einzelnen Elementen, die vielfach unverbunden nebeneinander stehen.

gesetzlicher Mindestlohn von 8,50 Euro/Stunde, - Regulierung der Leiharbeit, um auch dort Dumpinglöhne zu verhindern, - Begrenzung von befristeten Arbeitsverhältnissen, - gesetzliche Verankerung des Anspruchs auf Weiterbildung und - **Stärkung der Rechte von Betriebs- und Personalräten**. Die rot-grüne Koalition setzt sich für Corporate Social Responsibility (CSR) als Standard für die Privatwirtschaft ein. Sie wird Tariftreue und die Kriterien "Guter Arbeit"

kein gangbarer Weg zu mehr Beschäftigung. Menschen mit Behinderungen sollen selbstbestimmt am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können. Wir wollen, dass sie gleichberechtigten Zugang zum Arbeitsmarkt haben. **Bauliche und kommunikative Barrieren müssen beseitigt werden**. Bedarfsgerechte persönliche Assistenz muss für sie besser erreichbar sein. 1.3. Gesetzlichen Mindestlohn einführen In Deutschland wird die Einführung eines existenzsichernden gesetzlichen Mindestlohns als unerträgliche Bedrohung für

- 38 .: Paradigmenwechsel in der Behinderte..., 2005, S. 217
- 39 SPD,: Koalitionsvereinbarung 2013 bis 201..., 2012, S. 54
- 24 Die Linke,: Wahlprogramm Bund 2005, 2005, S. 17

● 2% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

PlagiatService
Prüfbericht

34373

16.09.2013

53

Textstelle (Prüfdokument) S. 80

Lebensumständen der Menschen zusammen. Wirksame Drogenprävention ist daher Teil einer Politik, die für gesunde und gerechte Lebensbedingungen sorgt, die Ressourcen der Menschen stärkt und ihnen ermöglicht, selbstbestimmt ihr Leben zu gestalten. | Bedarfsorientierte Angebote der psychosozialen **Begleitung und Betreuung von Rauschmittelabhängigen auf freiwilliger** Grundlage müssen flächendeckend zur Verfügung stehen. | Wir wollen die Möglichkeiten zur Substitutionstherapie verbessern, indem **für die** Ärzte Rechtssicherheit geschaffen und die Aushändigung von Ersatzmitteln erleichtert wird. Die Behandlung mit Diamorphin, 80 einem synthetischen Heroin, muss flächendeckend

Textstelle (Originalquellen)

zur Evaluierung der derzeitigen nationalen und internationalen Drogenpolitik einführen n Drug-Checking-Angebote zur Verringerung gesundheitlicher Risiken von Drogenkonsumentinnen und -konsumenten einführen; n ausreichende und bedarfsorientierte psychosoziale **Begleitung und Betreuung von Rauschmittelabhängigen auf freiwilliger** Behandlungsgrundlage anbieten; n Cannabis als Arzneimittel bei entsprechender Indikation zulassen; n Grenzwerte **für die** Teilnahme am Straßenverkehr bei Cannabiskonsum ähnlich der Promille-Regelung bei Alkohol festlegen; n den

- 2 Die Linke.: Wahlprogramm Bund 2009, 2009, S. 10

● 1% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

PlagiatService

Prüfbericht

34373

16.09.2013

54

Textstelle (Prüfdokument) S. 82

Werbeeinnahmen ab. Ohne Unterstützung und Kontrolle durch die Öffentlichkeit besteht die Gefahr, dass die Medien selbst zur Gefährdung der Demokratie beitragen. Wir wollen hochwertige Rundfunk- und Fernsehsendungen gegen den Druck durch Kommerzialisierung verteidigen. Wir treten dafür ein, die Interessen von allen in der Medien- und Filmindustrie abhängig und oft prekär Beschäftigten sicherzustellen. | Wir wollen gute Arbeitsbedingungen für Medien- und Filmemacher schaffen: "Fair Work" in der Medienproduktion. | Wir treten für die Gewährleistung der Kommunikations- und Medienfreiheit ein: Dafür wollen wir in traditionellen und digitalen Medien eine demokratische Medienordnung

Textstelle (Originalquellen)

sozial verantwortlicher Umgang mit den Beschäftigten sind im industriell geprägten Teil der Kreativwirtschaft inzwischen außer Kraft gesetzt? Feste Stellen sind die Ausnahme? DIE LINKE tritt dafür ein, die Interessen von allen in der Medien- und Filmindustrie abhängig und oft prekär Beschäftigten sicherzustellen? DIE LINKE fordert: n gute Arbeitsbedingungen für Medien und Filmschaffende: ein "Fair Work"- Siegel auf Spiele, Programme, Plattformen und Online-Angebote einführen; n Rechte von Kreativen und

- 2 Die Linke.: Wahlprogramm Bund 2009, 2009, S. 10

● 2% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

PlagiatService

Prüfbericht

34373

16.09.2013

55

ProfNet

Institut für Internet-Marketing



Textstelle (Prüfdokument) S. 84

in regelmäßigen Abständen anpassen. Weiter wollen wir Kommunen und Freifunkinitiativen fördern, damit diese kostenfreie und autonome Funknetze einrichten. Die sogenannte Störerhaftung ist dahingehend zu ändern, dass es erlaubt wird, Internetanschlüsse mit anderen jederzeit zu teilen. | **Den Ausschluss sozial Benachteiligter aus der digitalen Kommunikation** wollen wir beenden, internetfähige Endgeräte als Teil des soziokulturellen Existenzminimums anerkennen, **Informations- und Partizipationsangebote barrierefrei gestalten**. Langfristig wollen wir neue Modelle der Finanzierung kreativer Werke etablieren. Freie Software und offene Technologien wollen wir fördern und

Textstelle (Originalquellen)

die einen hohen Grad der Mitbestimmung der Beschäftigten sichern, verankern; n Breitband-Internet-Anschlüsse in den gesetzlichen Universaldienst aufnehmen: Versorgungslücken in den ländlichen Regionen umgehend schließen; **den Ausschluss sozial Benachteiligter aus der digitalen Kommunikation** beenden; n Freiheit im Netz erhalten und ausbauen: Internetsperren verhindern; Netzneutralität technologisch zeitgemäß bewahren; n alle **Informations- und Medienangebote barrierefrei gestalten**; Bürgerfunk in den Ländern sichern und

- 2 Die Linke.: Wahlprogramm Bund 2009, 2009, S. 10

● 1% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

PlagiatService

Prüfbericht

34373

16.09.2013

56

Textstelle (Prüfdokument) S. 85

verwirklichen, Religionsgemeinschaften gleichbehandeln, Staat und Kirche institutionell trennen DIE LINKE verteidigt das Recht aller Menschen auf ein Bekenntnis zu einer Weltanschauung oder Religion. Sie tritt für den Schutz weltanschaulicher und religiöser Minderheiten ein und für eine institutionelle Trennung von Staat und Kirche und die Abschaffung der Militärseelsorge. | Grundrechte und Arbeitnehmer/innen- Rechte müssen auch in den Kirchen und Religionsgemeinschaften und in deren Einrichtungen Geltung haben, auch das Streikrecht und das Betriebsverfassungsgesetz. | Durch kirchliche Arbeitgeber ausgeübte Diskriminierung von Beschäftigten aufgrund ihrer Lebensumstände oder ihrer Religions- bzw. Konfessionszugehörigkeit in Bereichen, die nicht unmittelbar der Religionsausübung dienen, muss gesetzlich verhindert werden. | Wir wollen

Textstelle (Originalquellen)

Dänemark; Finnland; Schweden (Protestantismus); Griechenland (Griechisch-Orthodoxe Kirche). 3. "Hinkende" Trennung Diese Begriffsbildung stammt von Ulrich Stutz (Die Päpstliche Diplomatie unter Leo XIII., 1926, S. 54 Fn. 2.). Das Modell verbindet eine institutionelle Trennung von Staat und Kirche unter Anerkennung der gegenseitigen Eigenständigkeit im jeweiligen Aufgabenbereich mit dem Willen zur Koordination und Kooperation auf den die Kirchen und

Schon kurz nachdem die Pfingstbewegung vom Azusa-Street-Revival 1906 in Los Angeles ihren Ausgang nahm, fassten die ersten Pfingstkirchen in Lateinamerika Fuß; inzwischen war die Trennung von Staat und Kirche und die Durchsetzung von Religionsfreiheit in den meisten Ländern vollzogen (Stewart-Gambino/Wilson 1997). In den fünfziger Jahren erreichte die Missionsinitiative aus Nordamerika dann neue Dimensionen, nachdem der

sie eigenständig und keiner staatlichen Einflussnahme unterworfen? Staat und Kirche sind getrennt? Wir verteidigen das Recht aller Religionsgemeinschaften auf freie Religionsausübung? Allerdings müssen die Grundrechte auch in den Kirchen und Religionsgemeinschaften und in deren Einrichtungen Geltung haben? Niemand, der sich nicht bekennt, darf in irgendeiner Weise benachteiligt werden? Wir wenden uns gegen jeglichen politischen Missbrauch von Religion? An den Schulen sollen der

- 40 .: Kirchen- und Staatskirchenrecht, 2008, S. 11
- 41 o.V.: ebook, 2011, S. 222
- 5 Die Linke.: 1. Entwurf für ein Programm der Par..., 2010, S. 14

PlagiatService

Prüfbericht

34373

16.09.2013

57



2% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

Textstelle (Prüfdokument) S. 85

Konfessionszugehörigkeit in Bereichen, die nicht unmittelbar der Religionsausübung dienen, muss gesetzlich verhindert werden. | Wir wollen keine Bevorzugung von kirchlichen gegenüber öffentlichen Trägern bei der Vergabe von Trägerschaften, z.B. für Kindertagesstätten. | Schulen sollen Wissen über Religionen vermitteln und die wechselseitige Toleranz der Glaubensgemeinschaften fördern. Der Unterricht ist im Rahmen des Bildungsauftrages des Staates durch staatlich anerkannte Lehrkräfte zu leisten, unabhängig von kirchlicher oder religionspolitischer Einflussnahme. Schulgebet, Schulgottesdienst und religiöse Symbole wie das Kreuzifix sind in staatlichen Schulen zu entfernen. |

Textstelle (Originalquellen)

Weise benachteiligt werden? Wir wenden uns gegen jeglichen politischen Missbrauch von Religion? An den Schulen sollen der Ethik- und Religionsunterricht der Wissensvermittlung über Religionen dienen und die wechselseitige Toleranz der Glaubensgemeinschaften fördern? Faschismus und Rassismus bekämpfen Unsere antifaschistische Praxis ist dem Schwur von Buchenwald verpflichtet: "Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung, der Aufbau

- 5 Die Linke.: 1. Entwurf für ein Programm der Par..., 2010, S. 14

● 1% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

PlagiatService

Prüfbericht

34373

16.09.2013

58

ProfNet

Institut für Internet-Marketing



Textstelle (Prüfdokument) S. 94

einen Führerschein. ? (eher) am Wochenende Zeit. ? morgens Zeit. ? abends Zeit. ? ein Auto. ? (eher) unter der Woche Zeit. Die Angaben werden von der Partei DIE LINKE in der Bundesgeschäftsstelle der Partei DIE LINKE und ihren Gliederungen entsprechend den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG) gespeichert, verarbeitet, übermittelt, aufbewahrt und nur zum Zweck der Wahlwerbung für diese und weitere Wahlen bis zum Widerruf dieser Einwilligung verwendet. Ort, Datum, Unterschrift Das Formular bitte ausgefüllt und unterschrieben per Post an DIE LINKE, Wahlquartier, Kleine Alexanderstraße 28,10178

Textstelle (Originalquellen)

und der statistischen Auswertung der Mitgliederentwicklung sowie der Verbesserung der Kommunikation. Sie werden im Parteivorstand, den Landesverbänden und in den Gliederungen der Partei DIE LINKE entsprechend den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG) gespeichert, verarbeitet, übermittelt und aufbewahrt. www.die-linke.de²⁰ 20 Prozent fast alles? Diese privaten Reichtümer wurden zum Treibstoff für den raketenhaften Aufstieg der Investmentfonds, der Hedgefonds, für die Weltmacht

- 2 Die Linke.: Wahlprogramm Bund 2009, 2009, S. 10

● 1% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

PlagiatService

Prüfbericht

34373

16.09.2013

59

ProfNet

Institut für Internet-Marketing



Textstelle (Prüfdokument) S. 95

Wahlquartier, Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin, Kennwort "Linksaktiv 2013" oder per Fax an 030/24 00 94 80 senden. Rückfragen per E-Mail über linksaktiv2013@die-linke.de oder telefonisch unter 030/24 00 9111. www.linksaktiv2013.de >Europäische LINKE DIE UNKE. Eintrittserklärung
Hiermit erkläre ich, Name, Vorname meinen **Eintritt in die Partei DIE LINKE, Mitglied der Partei der Europäischen Linken (EL). Ich bekenne mich zu den Grundsätzen des** Programms **der Partei DIE LINKE**, erkenne die Bundessatzung an und **bin nicht Mitglied einer** anderen Partei im Sinne des Parteiengesetzes. **Weitere Angaben zu meiner Person** Geburtsdatum Beruf Wohnanschrift (Straße, Hausnummer, Postleitzahl,

Textstelle (Originalquellen)

Landesverbände und in den Gliederungen der Partei **DIE LINKE** entsprechend den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG) gespeichert, verarbeitet, übermittelt und aufbewahrt. Eintrittserklärung meinen **Eintritt in die Partei DIE LINKE, Mitglied der Partei der Europäischen Linken (EL). Ich bekenne mich zu den Grundsätzen des** Programms **der Partei DIE LINKE**, erkenne die Bundessatzung an und **bin nicht Mitglied einer** anderen Partei im Sinne des Parteiengesetzes. **Weitere Angaben zu meiner Person**

- 2 Die Linke.: Wahlprogramm Bund 2009, 2009, S. 10

● **2%** Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

PlagiatService

Prüfbericht

34373

16.09.2013

60

ProfNet

Institut für Internet-Marketing



Textstelle (Prüfdokument) S. 95

DIE LINKE, erkenne die Bundessatzung an und bin nicht Mitglied einer anderen Partei im Sinne des Parteiengesetzes. Weitere Angaben zu meiner Person Geburtsdatum Beruf Wohnanschrift (Straße, Hausnummer, Postleitzahl, Ort) Telefonnummer - E-Mail-Adresse - Warst du früher bereits Mitglied einer Partei im Sinne des Parteiengesetzes? Wenn ja, in welcher? - Die Angaben dienen der Nachweisführung und der statistischen Auswertung der Mitgliederentwicklung sowie der Verbesserung der Kommunikation. Sie werden im Parteivorstand, den Landesverbänden und in den Gliederungen der Partei DIE LINKE entsprechend den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG) gespeichert, verarbeitet, übermittelt und aufbewahrt. Ort und Datum Unterschrift Europäische

Textstelle (Originalquellen)

erkenne die Bundessatzung an und bin nicht Mitglied einer anderen Partei im Sinne des Parteiengesetzes. Telefonnummer E-Mail-Adresse Geburtsdatum Beruf Weitere Angaben zu meiner Person Warst du früher bereits Mitglied einer Partei im Sinne des Parteiengesetzes? Wenn ja, in welcher?

Partei im Sinne des Parteiengesetzes. Weitere Angaben zu meiner Person Vorname Geburtsdatum Beruf Telefonnummer E-Mail-Adresse Ort und Datum Unterschrift Wohnanschrift (Straße, Hausnummer, Postleitzahl, Ort) Die Angaben dienen der Nachweisführung und der statistischen Auswertung der Mitgliederentwicklung sowie der Verbesserung der Kommunikation. Sie werden im Parteivorstand, den Landesverbänden und in den Gliederungen der Partei DIE LINKE entsprechend den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG)

- 42 .: Eintrittserklärung zur Partei DIE LINKE, 2013, S. #P1#Ort
- 2 Die Linke.: Wahlprogramm Bund 2009, 2009, S. 10

● 3% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

PlagiatService

Prüfbericht

34373

16.09.2013

61

ProfNet

Institut für Internet-Marketing



Textstelle (Prüfdokument) S. 96

Ort und Datum Unterschrift Europäische LINKE Einzugsermächtigung Mit dieser Einzugsermächtigung ist der Parteivorstand der Partei DIE LINKE/ der Landesverband der Partei DIE LINKE _ bis auf Widerruf berechtigt, meinen ab_ fälligen monatlichen Mitgliedsbeitrag für DIE LINKE in Höhe von_ Euro und meinen Jahresmitgliedsbeitrag f ür die Partei der Europäischen Linken (EL) jeweils im Monat Mai in Höhe von_ Euro (Mindestbetrag 6 Euro) von unten stehendem Konto abzubuchen. Name, Vorname des Mitglieds- Geburtsdatum- Wohnanschrift (Straße, Hausnummer, Postleitzahl, Ort) Landesverband- Gebietsverband- Bankleitzahl - Kontonummer- Name und Ort des Geldinstituts - Name und Unterschrift des Kontoinhabers/der Kontoinhaberin (wenn abweichend vom Mitglied) - Ort und Datum - -1 Unterschrift des Mitglieds- Bitte bei der zuständigen Gliederung abgeben oder einsenden an: Parteivorstand der Partei DIE LINKE, Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin Das Kurzwahlprogramm in leichter Sprache und als Audioversion sowie in verschiedenen fremdsprachlichen Fassungen ist zu finden unter www.die-linke.de/wahlprogramm Eine Version in Braille-Schrift kann unter nebenstehend angegebener Postanschrift bestellt werden. Informationen zur

Textstelle (Originalquellen)

Unterschrift des Kontoinhabers/der Kontoinhaberin (wenn abweichend vom Mitglied) Name und Ort des Geldinstituts BankleitzahlKontonummer Einzugsermächtigung Ich ermächtige die Partei DIE LINKE meinen monatlichen Mitgliedsbeitrag in Höhe von Euro und meinen Jahresmitgliedsbeitrag für die Partei der Europäischen Linken (EL) jeweils im Monat Mai in Höhe von Euro (Mindestbetrag 6 Euro) von unten stehendem Konto abzubuchen. Name und Unterschrift des Kontoinhabers/der Kontoinhaberin (wenn abweichend vom Mitglied) Name und Ort des Geldinstituts BankleitzahlKontonummer Einzugsermächtigung Ich ermächtige die Partei DIE LINKE meinen monatlichen Mitgliedsbeitrag in Höhe von Euro und meinen Jahresmitgliedsbeitrag für die

der Partei DIE LINKE Kleine Alexanderstraße 28 10178 Berlin E-Mail: parteivorstand@die-linke.de Internet-Seite: www.die-linke.de Gekürzt und übersetzt in Leichte Sprache von: Einfach verstehen Medienwerkstatt für leichte Sprache Leiterin: Verena

- 42 ;: Eintrittserklärung zur Partei DIE L..., 2013, S. #P1#Ort
- 42 ;: Eintrittserklärung zur Partei DIE L..., 2013, S. #P1#Ort
- 42 ;: Eintrittserklärung zur Partei DIE L..., 2013, S. #P1#Ort
- 43 ;: Wir sind die Partei DIE LINKE Das w..., 2012, S. 2

● 5% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

PlagiatService

Prüfbericht

34373

16.09.2013

62

Quellenverzeichnis

- 1 Bündnis 90/Die Grünen,: Wahlprogramm Bund 2013, 2013
http://www.gruene.de/fileadmin/user_upload/Dokumente/Gruenes-Bundestagswahlprogramm-2013.pdf
- 2 Die Linke,: Wahlprogramm Bund 2009, 2009
http://die-linke.de/fileadmin/download/wahlen/pdf/LinkePV_LWP_BTW_090703b.pdf
- 3 das wahlprogramm zur bayerischen landtagswahl 2013, 2013
http://www.gruene-bayern.de/fileadmin/Bilder/Wahlprogramm_Landtagswahl_Bayern_2013_web.pdf
- 4 Parallelbericht der Allianz für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte in Deutschland, 2011
http://www.ippnw.de/commonFiles/pdfs/Soziale_Verantwortung/Parallelbericht_web.pdf
- 5 Die Linke,: 1. Entwurf für ein Programm der Partei DIE LINKE, 2010
http://die-linke.de/fileadmin/download/programmdebatte/100320_programmentwurf_final.pdf
- 6 Impulse für 2011 Dialogangebot zur Erstellung eines GRÜNEN Wahlprogramms, 2010
http://www.gruene-rlp.de/userspace/RP/lv_rlp/pdfs/gruene_dokumente/Impuls_fuer_2011_Programmentwurf.pdf
- 7 Kaizen. Der Schlüssel zum Erfolg (teilweise), 1992
- 8 SPD,: Wahlprogramm Bund 2013, 2013
http://www.spd.de/linkableblob/96686/data/20130415_regierungsprogramm_2013_2017.pdf
- 9 Unternehmensgründungen aus Hochschulen und der Einfluss von Arbeitsmarktregulierungen. Eine prospecttheoretische Analyse , 2003
<http://miami.uni-muenster.de/servlets/DerivateServlet/Derivate-1195/gd858.pdf>
- 10 Herausforderung Internationalisierung, 2010
http://www.his.de/pdf/pub_fh/fh-201108.pdf
- 11 Wahlprüfstein DIE LINKE, 2009
<http://die-linke.de/uploads/media/713.pdf>
- 12 SPD Grüne: Koalitionsvertrag NRW, 2008
http://www.nrwspd.de/db/docs/doc_30009_2010713112745.pdf
- 13 Bericht der Enquetekommission. Chancen einer verstärkten norddeutschen Kooperation, 2011
http://www.sh.gruene.de/cms/default/dokbin/415/415684.abschlussbericht_enquetekommission_nords.pdf
- 14 2012
- 15 BT-PIPr 17 81 - Deutscher Bundestag, 2010
<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btp/17/17081.pdf>
- 16 Wahlprogramm - Die Linke. Niedersachsen, 2012
http://www.dielinke-nds.de/fileadmin/Landesverband/pdf/Landtagswahl_2013/Landtagswahlprogramm_DIE_LINKE_2

PlagiatService

Prüfbericht

34373

16.09.2013

63

ProfNet

Institut für Internet-Marketing



Quellenverzeichnis

- 17 Deutsche Außenpolitik - Bundeszentrale für politische Bildung, 2009
<http://www.bpb.de/system/files/pdf/9K9KDC.pdf>
- 18 Drucksache 17 11250 - Deutscher Bundestag, 2012
<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/112/1711250.pdf>
- 19 o.V.,: ebook, 2011
- 20 verschiedene, verschiedene: Die Außenbeziehungen der Europäischen Union, 2010
http://www.uni-marburg.de/fb03/politikwissenschaft/eipoe/publikationen/publikationen/fei_s30_aussenbezieh
- 21 Piratenpartei,: Wahlprogramm Bund 2013, 2013
<http://www.piratenpartei.de/wp-content/uploads/2013/06/PP-Bund-BTW13v1.pdf>
- 22 17 2840 - Deutscher Bundestag, 2010
<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/028/1702840.pdf>
- 23 Bündnis 90/Die Grünen,: Bündnis 90 Die Grünen: Wahlprogramm Bund 2002 , 2002
http://www.boell.de/downloads/publications/2002_Wahlprogramm.pdf
- 24 Die Linke,: Wahlprogramm Bund 2005, 2005
<http://die-linke.de/fileadmin/download/wahlen/bundestagswahlprogramm2005.pdf>
- 25 Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der deutschen Einheit 2007, 2007
- 26 TA-Projekt. E-Commerce, 2002
<http://www.tab-beim-bundestag.de/de/pdf/publikationen/berichte/TAB-Arbeitsbericht-ab078.pdf>
- 27 Materialienband 108 (PDF, 4MB, Datei ist nicht barrierefrei), 2004
http://www.bib-demografie.de/SharedDocs/Publikationen/DE/Download/Materialienbaende/108.pdf?__blob=public
- 28 download - Verkehr, 2012
http://www.verkehr.co.at/fileadmin/user_upload/Archiv/Verkehr_2012_51_52.pdf
- 29 verschiedene, verschiedene: Umweltgutachten 2012. Verantwortung in einer begrenzten Welt, 2012
http://www.umweltrat.de/SharedDocs/Downloads/DE/01_Umweltgutachten/2012_06_04_Umweltgutachten_HD.pdf?__bl
- 30 Fortschrittsbericht 2012 - Bundesregierung, 2011
<http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Publikation/Bestellservice/2012-05-08-fortschrittsbericht-2012.p>
- 31 Koalitionsvertrag - BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN Baden-Württemberg, 2012
<http://www.gruene-bw.de/fileadmin/gruenebw/dateien/Koalitionsvertrag-web.pdf>
- 32 Medizinisch-technischer Fortschritt in Deutschland, 2008
http://opus.unibw-hamburg.de/volltexte/2009/2056/pdf/2009_akmaz.pdf
- 33 CDU/CSU,: Wahlprogramm Bund 2009, 2009
http://www.kas.de/upload/ACDP/CDU/Programme_Bundestag/2009-2013_Regierungsprogramm_Wir-haben-die-Kraft_Ge

PlagiatService

Prüfbericht

34373

16.09.2013

64

ProfNet

Institut für Internet-Marketing



Quellenverzeichnis

- 34 Migranten in der öffentlichen Wahrnehmung Dissertation - Digitale , 2008
<http://www.db-thueringen.de/servlets/DerivateServlet/Derivate-17177/Gr%C3%A4f/Dissertation.pdf>
- 35 Herausforderung Terrorismus Politik der Inneren - Gesis, 2008
http://www.gesis.org/sowiport/fileadmin/user_upload/pdf_recherche_spezial/rs_10_07_terror_online.pdf
- 36 Wahlprogramm - Brandenburg - DIE LINKE. Brandenburg, 2009
http://www.dielinke-brandenburg.de/fileadmin/1._LPT/4.Tagung/PDF/Wahlprogramm_DIELINKE_BB.pdf
- 37 o.V.,: ebook, 2010
- 38 Paradigmenwechsel in der Behindertenhilfe unter Bedingungen institutioneller Beharrlichkeit: Strukturelle Voraussetzungen der Implementation Offener Hilfen für Menschen mit geistiger Behinderung , 2005
<http://dokumentix.ub.uni-siegen.de/opus/volltexte/2005/3/pdf/schaedler.pdf>
- 39 SPD,: Koalitionsvereinbarung 2013 bis 2018 - SPD Niedersachsen, 2012
http://www.spdnds.de/imperia/md/content/landesverbandniedersachsen/lw2013/koalitonsvereinbarung_der_jahr
- 40 Kirchen- und Staatskirchenrecht, 2008
- 41 o.V.,: ebook, 2011
- 42 Eintrittserklärung zur Partei DIE LINKE zum Download, 2013
https://www.die-linke.de/fileadmin/download/mitgliedschaft/eintrittserklaerung_dielinke_el.pdf
- 43 Wir sind die Partei DIE LINKE Das wollen wir mit unserer politischen , 2012
http://www.die-linke.de/fileadmin/download/dokumente/ls_linke_praeambel_mit_bildern.pdf

PlagiatService

Prüfbericht

34373

16.09.2013

65



ProfNet

Institut für Internet-Marketing

Glossar

- **Ampel**

Entsprechend der Gesamtwahrscheinlichkeit wird ein Rating der Schwere durch die Ampelfarbe berechnet: grün (bis 19 %) = wenige Indizien unterhalb der Bagatellschwelle; gelb (20 bis 49 %) - deutliche Indizien enthalten, die eine Plagiatsbegutachtung durch den Prüfer notwendig machen; rot (ab 50 %) = Plagiate liegen mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit vor, die eine Täuschungsabsicht dokumentieren. Bei publizierten Dissertationen sollte ein offizielles Verfahren zur Prüfung und/oder zum Entzug des Dokortitels eröffnet werden.
- **Anteil Fremdtex te (brutto)**

Anteil aller durch die Software automatisch gefundenen Bestandteile aus anderen Texten am Prüftext (von mindestens 7 Wörtern) in Prozent und Anzahl der Wörter gemessen. Dabei wird noch keine Interpretation auf Plagiatsindizien oder korrekte Übernahmen (z.B. Zitat, Literaturquelle) vorgenommen.
- **Anzahl Fremdtext (netto)**

Anteil aller durch die Software automatisch gefundenen und als Plagiatsindizien interpretierten Bestandteile aus anderen Texten am Prüftext (von mindestens 7 Wörtern) in Prozent und Anzahl der Wörter gemessen.
- **Bauernopfer**

Fehlende Quellenangabe bei einer inhaltlichen Zitierung (Paraphrase), wobei die Originalquelle an anderer Stelle des Textes angegeben wird.
- **Compilation**

Zusammensetzen des Textes als "Patchwork" aus verschiedenen nicht oder unzureichend zitierten Quellen.
- **Eigenplagiat**

Übernahme eines eigenen Textes des Autors ohne oder mit unzureichender Kennzeichnung des Autors. Auch wenn hier nur eigene Texte und Gedanken übernommen werden, handelt es sich um eine Täuschung. Der Prüfer geht davon aus, dass es sich hier um neue Texte und Gedanken des Autors handelt.
- **Einzelplagiatswahrscheinlichkeit**

Grobe Berechnung der Wahrscheinlichkeit des Vorliegens eines Plagiat es des einzelnen Treffers.
- **Gesamtplagiatswahrscheinlichkeit**

Berechnung der Wahrscheinlichkeit des Vorliegens von Plagiaten durch Verknüpfung der Indizienanzahl, des Netto-Fremdtextanteils und der Schwere der einzelnen Plagiatsindizien.

Glossar

- Ghostwritersuche
Über den statistischen Vergleich der Texte (Stilometrie) wird eine Wahrscheinlichkeit berechnet, ob die Texte von demselben Autor stammen.
- Indizien
Dieser Prüfbericht gibt nur die von der Software automatisch ermittelten Indizien auf eine bestimmte Plagiatsart wieder. Die Feststellung eines Plagiats kann nur durch den Gutachter erfolgen.
- Literaturanalyse
Die im Prüftext enthaltenen Literatureinträge im Literaturverzeichnis werden analysiert: Wird die Quelle im Text zitiert? Handelt es sich um eine wissenschaftliche Quelle? Wie alt sind die Quellen?
- Mischplagiat - eine Quelle
Der Text wird hierbei aus verschiedenen Versatzstücken einer einzigen Quelle zusammengesetzt, also gemischt.
- Mischplagiat - mehrere Quellen
Der Text wird hierbei aus verschiedenen Versatzstücken aus verschiedenen Quellen zusammengesetzt, also gemischt.
- Phrase
Die übernommenen Textstellen stellen allgemeintypische oder fachspezifische Wortkombinationen der deutschen Sprache dar, die viele Autoren üblicherweise verwenden. Solche Übernahmen gelten nicht als Plagiate.
- Plagiat
Übernahme von Leistungen wie Ideen, Daten oder Texten von anderen - ohne vollständige oder eindeutige Angabe der Originalquelle.
- Plagiatsanalyse
Gefundene gleiche Textstellen (= Treffer) werden durch die Software automatisch auf spezifische Plagiatsindizien analysiert.
- Plagiatsuche
Mit Hilfe von Suchmaschinen wird im Internet, in der Nationalbibliothek und im eigenen Dokumentenbestand nach Originalquellen mit gleichen oder ähnlichen Textstellen gesucht. Diese Quellen werden alle vollständig Wort für Wort mit dem Prüftext verglichen. Plagiatsindizien werden für Textstellen ab 7 Wörtern berechnet.
- Plagiatswahrscheinlichkeit
Grobe Berechnung der Wahrscheinlichkeit des Vorliegens eines Plagiates auf der



- Basis der Plagiatsindizien. Die Ampel zeigt drei Ergebnisse an: grün - keine Wahrscheinlichkeit des Vorliegens eines Plagiates und somit keine weitere Überprüfung notwendig, gelb - mögliches Vorliegen eines Plagiates und somit eine weitere Überprüfung empfohlen, rot - hohe Wahrscheinlichkeit des Vorliegens eines Plagiates und somit weitere Überprüfung unbedingt notwendig.
- **Stilometrie**
Texte werden dabei einzeln nach statistischen Kennzahlen (z.B. durchschnittliche Länge der Wörter, Häufigkeit bestimmter Wörter) analysiert. Sind diese Kennzahlen für zwei Texte ähnlich, liegt hier statistisch der gleiche "Stil" und somit mit hoher Sicherheit der selbe Autor vor.
 - **Teilplagiat**
Ein Textbestandteil einer Quelle wurde vollständig ohne ausreichende Zitierung kopiert.
 - **Textanalyse**
Der einzelne Text wird durch die Software automatisch für sich allein analysiert, z.B nach statistischen Kennzahlen, benutzter Literatur, Rechtschreibfehlern oder Bestandteilen. Je nach Stand der Softwareentwicklung sind die absoluten Ergebnisse (z.B. Erkennung von Abbildungen, Fußnoten, Tabellen, Zitaten) im einzelnen eingeschränkt aussagefähig. Aufgrund der immer für alle Texte durchgeführten Analysen sind die relativen Unterschiede zwischen den Spalten (z.B. Diplomarbeit vs. Dissertation) uneingeschränkt aussagefähig.
 - **Textvergleich**
Jeder Text wird mit anderen älteren Texten vollständig verglichen. Gefundene gleiche Textstellen werden in einem weiteren Schritt z.B. auf Plagiatsindizien hin untersucht.
 - **Übersetzungsplagiat**
Nutzung eines fremdsprachigen Textes durch Übersetzung.
 - **Verschleierung**
Ein Text wird ohne eindeutige Kennzeichnung (i.d.R. durch Anführungszeichen) Wort für Wort übernommen, aber mit Angabe der Quelle in der Fußnote. Dadurch wird der Prüfer getäuscht, der von einer nur inhaltlichen Übernahme ausgehen muss.
 - **Vollplagiat**
Der gesamte Text wird vollständig ohne Zitierung kopiert.

Glossar

- Zitat - wörtlich
Übernommener Text wird z.B. mit Anführungszeichen korrekt übernommen. Dieses wörtliche Zitat darf keine Veränderungen, Ergänzungen oder Auslassungen enthalten.
- Zitat - wörtlich - Änderung
Einzelne Wörter einer korrekt gekennzeichneten wörtlichen Übernahme werden verändert oder weggelassen, ohne dass der Sinn verändert wird. Z.B.: "Unternehmung" wird durch "Unternehmen" ersetzt.
- Zitat - wörtlich - Verdrehung
In dem korrekt gekennzeichneten übernommenen wörtlichen Text wird der Sinn durch Austausch einzelner Wörter deutlich verändert. Beispiel: "überentwickelten" statt "unterentwickelten".

